Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 168. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 8. April 1876.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. April.

1 Uhr: Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Achenbach, Ministerial-director Greiff, Geh. Rath Kehler u. A.

Ohne Debatte beschließt das Haus nach dem Antrage des Abg. Schmidt (Stettin), den Gesetzentwurf wegen Auflösung des Lehnsverbandes in der Provinz Westfalen in dritter Lesung en bloc anzunehmen, und geht hierauf zur Berathung des Berichts der Budgetcommission, betreffend die Aufstellung eines Planes für den Bau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin über.

Der Antrag der Commission geht dahin: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, unter Berücksichtigung der Ansprüche des deutschen Reiches und mit Heranziehung disponibler Militärgrundstücke einen geordneten Plan für den Bau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufstellen zu lassen und dem Landtage, wenn möglich, noch im Laufe dieser Session vorzulegen."

Referent Abg. Virchow: Der Gegenstand, den der Antrag in's Auge faßt, ist kein neuer. Schon in der Session des Jahres 1873—74 hat das Abgeordnetenhaus den von seiner Budgetcommission gestellten Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, um dem dringenden Bedürfniß zur Errichtung neuer Staatsbauten zu entsprechen, dem Hause eine Uebersicht der in Berlin vorhandenen fiscalischen Grundstücke und Bauplätze vorzulegen, damit nach einem einheitlichen Plan eine zweckmäßige Bebauung derselben gesichert werde. Die Regierung hat dem ersten Theil dieses Antrages insofern entsprochen, als sie in einer der Bibliothek des Hauses einverleibten Specialkarte alle in Berlin vorhandenen fiskalischen Grundstücke, geordnet nach den einzelnen Ministerien, denen sie angehören, übersichtlich bezeichnet hat. In Bezug auf den zweiten Theil des Antrages aber erklärte die Regierung, daß es für sie zur Zeit völlig unausführbar sei, einen derartigen Gesammtplan der Bebauung aufzustellen. Wie dringend nothwendig aber die Ausarbeitung eines solchen Gesammtplanes ist, hat sich unzweideutig wieder gezeigt bei der Etatsberathung in Betreff des projectirten Baues einer Gewerbeakademie und des Polytechnikums.

Mit diesen Bauten hängt der Bau des Gewerbemuseums unmittelbar zusammen, und dieser steht wieder in Connex mit denjenigen Bauplätzen, die vom deutschen Reichstage wiederholt als die günstigsten zur Errichtung des Reichstagsgebäudes bezeichnet worden sind. Der Reichstag hat, wie in der Commission hervorgehoben wurde, seine Inanspruchnahme dieser Plätze noch jetzt keineswegs aufgegeben, und es erschien der Commission durchaus wünschenswerth, daß der preußische Landtag, um jeder Empfindlichkeit Seitens des Reichstages vorzubeugen, der Regierung gegenüber ausdrücklich diese höheren Ansprüche des Reichstages anerkenne. Wir halten es für einen wenig ruhmvollen Zustand, wenn nach jahrelangen, immer vergeblichen Arbeiten die Frage über die Auswahl eines Platzes für das Reichstagsgebäude noch immer schwebend erhalten bleibt. (Sehr wahr!) Was die in unserem Antrag befürwortete Heranziehung disponibler Militärgrundstücke betrifft, so ist das Kriegsministerium bekanntlich in der glücklichen Lage, in Bezug auf den Besitz disponibler Bauplätze in Berlin das reichste Ministerium zu sein. Es macht mit diesen Grundstücken ausgezeichnete Geschäfte, indem es dieselben an Privatpersonen bald im Großen, bald im Einzelnen verkauft. Wir haben es immer sehr bedauert, daß zwischen dem Kriegsministerium und den übrigen Ressorts in dieser Beziehung keine nähere Fühlung besteht, so daß nicht selten Grundstücke, die sehr brauchbar für die Zwecke der übrigen Ressorts hätten sein können, verloren gehen, weil der Kriegsminister es vorzieht, um damit speculative Geschäfte für sein Ressort zu machen, sie unter den Hammer zu bringen. Zwei Staatsgebäude harren besonders dringend ihrer Erledigung; das ist der Bau für die königliche Bibliothek und für die Akademie der Wissenschaften. In der Session 1874—75 hat uns eine Art provisorischen Planes vorgelegen, der dahin ging, hierfür das Grundstück der gegenwärtigen Akademie der Künste mit Hinzunahme der Gardes-du-Corps-Kaserne zu benutzen. Seitdem aber ist mehr wie ein Jahr vergangen und es scheint jetzt wieder alle Hoffnung geschwunden zu sein, daß der Kriegsminister einen geeigneten Platz finden werde, um die Kaserne zu verlegen.

Ebenso wie dieser Bauplan wieder in Frage gestellt ist, geht es auch mit anderen. Wir hatten schon vor 4 Jahren ein fiskalisches Grundstück für den Bau des Universitäts-Herbariums in Aussicht genommen. Das Herbarium befand sich damals und noch bis in die neueste Zeit in einer Lage, daß es auch einen hartherzigen Menschen hätte erbarmen können. Es war ganz unmöglich, neue Sendungen aufzubewahren, und Dr. Schweinfurt mußte es erleben, daß er mit den mit Gefahr seines Lebens erworbenen botanischen Schätzen hier in Berlin in Kellerräume verwiesen wurde, wo er nicht einmal im Stande war, seine Sachen auszupacken, geschweige denn zu bearbeiten. Es ist das einer der schlimmsten Fälle, die die herrschenden Zustände charakterisiren und unserem Staate nicht eben zur Ehre gereichen. Seitdem ist Jahr und Tag vergangen und die Sache ist nicht weiter gediehen. Man hat das Herbarium nun in den Räumen des botanischen Gartens untergebracht, in weitester Entfernung von der Universität, was für das Studium keineswegs fördernd sein kann. Vor Allem hat sich die Regierung die Disposition über vorhandene Staatsgrundstücke selbst erschwert, indem sie eine Concurrenz der Bahnhöfe mit immer größerer Ausdehnung derselben etablirte, und so sieht man sich jetzt gezwungen, für neue öffentliche Bauten die ohnehin so spärlichen freien Plätze und Anlagen Berlins noch mehr zu beschneiden. So hören wir z. B., daß der Invalidenpark fallen soll, weil das betreffende Grundstück für das Polytechnikum in Aussicht genommen ist, ebenso soll der kleine noch restirende Platz in Moabit für das geodätische Institut in Anspruch genommen werden. Wo diese Beschneidung der freien Plätze ein Ende haben soll, ist nicht abzusehen. Die Angelegenheit wird nicht eher zu einem befriedigenden Abschlusse gelangen, als bis sie aus dem Stadium der bloßen Verhandlung zwischen je zwei Ressortministern herauskommt.

Gegenwärtig liegt die Sache so, daß jeder einzelne Ressortminister sich seine Aufgabe stellt und sich umsieht, ob er für die Bedürfnisse seines Ressorts die nöthigen Grundstücke in seinem Besitze hat. Besitzt er sie nicht, so wendet er sich an einen anderen Minister, der ihm einen Bauplatz abtritt. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Diese Sache muß durchaus Angelegenheit des gesammten Staatsministeriums sein, welches unter Ausschließung aller unberechtigten Einzelforderungen einen Plan ausarbeiten sollte, dem sich die einzelnen Ressorts zu fügen hätten. Der gegenwärtige unerquickliche Zustand lastet wie ein Alp auf der ganzen Entwickelung unserer Anstalten für Kunst und Wissenschaft. (Sehr wahr!) Alle diese Anstalten werden nur halb vorwärts gebracht; es fehlt zur Ergänzung und Entwickelung derselben überall an Platz und an Geld. Ich bitte daher das Haus dringend, unseren Antrag anzunehmen. Die Regierung wird ja wohl in den Landtagsferien hinreichende Zeit haben (Heiterkeit), den Plan in ausgiebiger Weise zu fördern. (Beifall.)

Abg. Lucius (Erfurt): Ich danke dem Vorredner, daß er bereits die Nothwendigkeit einer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Reiches in entsprechender Weise accentuirt und mir dadurch einen Theil meiner Ausführungen erspart hat. In erster Linie kommt hier der Bau eines Parlamentsgebäudes in Betracht, über dessen Platz zur Zeit bekanntlich noch in einer Commission des Reichstags verhandelt wird. So viel mir bekannt, befindet sich diese Angelegenheit noch in demselben Stadium wie beim Schlusse des Reichstags, das aber ist bereits zur Evidenz festgestellt worden, daß ein für den genannten Zweck geeignetes Terrain sich in den Händen einer Privatperson nicht findet, und daß deshalb die in Berlin vorhandenen fiscalischen Grundstücke in's Auge gefaßt werden müssen. Ich halte es deshalb für geboten, daß über die dabei etwa in Betracht kommenden Plätze nicht preußischerseits einseitig disponirt werde, denn das Reich hat jedenfalls den Anspruch darauf, in der Stadt, die zur Reichshauptstadt geworden, in erster Linie berücksichtigt zu werden.

Eine Unbilligkeit liegt in dieser Forderung um so weniger, als das Reichstagsgebäude jedenfalls ein großer Schmuck für die Stadt werden wird. Ueberdies befinden sich, wie der Vorredner bereits hervorgehoben hat, alle Projecte für öffentliche Bauten noch so sehr im Stadium der Unreife, daß durch die Ausarbeitung eines generellen Planes, wie ihn der vorliegende Antrag verlangt, eine Verzögerung der Ausführung einzelner Institute nicht zu befürchten ist. Schon bei der Budgetberathung sind verschiedene frühere Projecte wieder beanstandet worden, so der Bau auf dem Platz der Werderschen Mühlen, der Bau der Gewerbe-Akademie und des Gewerbe-Museums. Im Etat ist ferner eine Summe für die Ausarbeitung eines Planes zur Bebauung der Museums-Insel ausgeworfen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich hierbei die Möglichkeit herausstellt, auch das Bedürfniß eines Bauplatzes für die königliche Bibliothek zu befriedigen. Jedenfalls sollte im Interesse des Reiches über die verschiedenen Bauplätze nicht eher disponirt werden, als bis die Vorfrage des Reichstagsgebäudes erledigt ist. Sollten sich die gegenwärtigen Verhandlungen zerschlagen, was immerhin möglich ist, so wird jedenfalls der Platz hinter der Porzellanmanufactur und der Platz der jetzigen Kunstakademie in erster Linie in Frage kommen. Um übrigens jeder Mißdeutung vorzubeugen, betone ich ausdrücklich, daß ich alle diese Ausführungen weder im Auftrage noch auch nur mit Wissen der Parlaments-Bau-Commission gemacht, sondern lediglich meinen persönlichen Ansichten als Mitglied dieses Hauses Ausdruck gegeben habe.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Greiff: Die Regierung kann es nicht zugeben, daß mit der Annahme des Antrages der Commission etwas Wesentliches erreicht werden wird, im Gegentheil sieht sie in demselben eine große Gefahr. Der Antrag liegt nun bereits in ähnlicher Fassung zum vierten Male vor, und zwar wurde er zum ersten Male vom Abg. Karsten im Jahre 1873 gestellt. Die Regierung hat damals die Forderung des Antrags nach zwei Seiten hin zu erfüllen gesucht, erstens, indem sie ein Verzeichniß der fiscalischen Grundstücke aufstellte, und zweitens, indem sie auf eine Erörterung der fiscalischen Baubedürfnisse für Berlin einging. Sie hat dabei zugleich in der Weise vorzugehen versucht, wie es dieser Antrag verlangt, hat aber die Ausführung als völlig unmöglich erkannt, weil schon so viele einzelne Pläne vorlagen, daß man nothwendiger Weise eine Störung derselben befürchten mußte. Es liegen also nicht blos theoretische Bedenken gegen den Antrag vor, sondern vor Allem spricht die Erfahrung gegen denselben, das nothwendige Material dazu liegt freilich vollständig vor und steht zur Verfügung. Ich habe nun noch zu zeigen, daß die Verhandlungen in Bezug auf die einzelnen Pläne durchaus nicht so fruchtlos gewesen sind, wie sie der Abg. Virchow geschildert hat, wenigstens nicht für das Cultusministerium. Wenn ich zunächst auf die Institute der Wissenschaft eingehe, so ist für die Universität seit 1872 Folgendes erreicht worden: das physiologische Laboratorinm ist an der Ecke der Neuen Wilhelm- und Dorotheenstraße untergebracht, das pathologische Institut auf dem Grundstück der Charité erweitert, das naturwissenschaftl. Museum wird auf dem Grundstück der alten Eisengießerei erbaut, die Sonnenwarte und das meteorologische Institut auf dem Telegraphenberge bei Potsdam, das astronomische Institut in der Stechbahn, die chirurgische Klinik auf dem Grundstück in der Ziegelstraße wird erweitert, das Herbarium und das botanische Museum werden im botanischen Garten untergebracht werden, und ein zweites chemisches Laboratorium soll auf dem Restgrundstück an der Ecke der Neuen Wilhelm- und Dorotheenstraße errichtet werden.

Damit sind die Bedürfnisse der Universität befriedigt, und man hat hierbei stets den Gedanken im Auge gehabt, alle einzelnen Institute — so weit es den Verhältnissen nach möglich war — in räumliche Verbindung zu bringen. Was die übrigen wissenschaftlichen Institute anbetrifft, so wird die königliche Bibliothek auf dem Grundstück an der Ecke der Linden- und Universitätsstraße errichtet werden und ich kann hierbei durchaus nicht die Bedenken des Abgeordneten Virchow in Bezug auf die Verlegung der Garde-du-Corps-Kaserne theilen; die Akademie wird hinter der Bibliothek eine geeignete Stelle finden, und das geodätische Institut wird nach dem sogenannten „kleinen Thiergarten" verlegt werden. Ich gehe nun zu den Staatsanstalten für die Kunst über. Die Verlegung der königlichen Bibliothek nach dem vorhin bezeichneten Platze war unter der Voraussetzung in's Auge gefaßt, daß auch die Akademie der Künste eine örtliche Veränderung erfahre. Man hatte schon früher den Gedanken gehabt, daß es am geeignetsten sein würde, dieselbe wegen der örtlichen Vereinigung mit dem Museum auf die sogenannte Museumsinsel zu verlegen. Bisher hatten sich große Schwierigkeiten entgegengestellt, doch hat man jetzt ein Project ausgearbeitet, welches ein befriedigendes Resultat herbeiführen wird und durch welches für alle Kunst-Institute die örtliche Vereinigung gesichert erscheint. Es bleibt nun noch das ethnographische Institut zu erwähnen, welches in der Möckernstraße seine Stelle finden wird. Ich glaube hiermit den Nachweis geliefert zu haben, daß für alle Institute ein geeigneter Platz gefunden ist, und daß es aufs Höchste zu beklagen sein würde, wenn der projectirte Bau aller dieser Institute durch die Annahme des vorliegenden Antrages gefährdet würde. In diesem Antrage ist die Forderung aufgestellt, daß die Regierung thunlichst mit Berücksichtigung des Deutschen Reiches vorgehen solle; aber die preußische Regierung kann beim besten Willen hierauf nicht eingehen, denn sie hat absolut kein Recht und keine Competenz in dieser Richtung dem Reiche gegenüber. Ebenso geht es ihr mit den Militärgrundstücken; seit dem Jahre 1873 hat sie keine Verfügung hierüber. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, den Antrag, der mit einigen Modificationen schon zum vierten Male vorliegt, abzulehnen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wenn auch Abweichungen von dem aufzustellenden Plane nicht gänzlich künftig zu vermeiden sein werden, so halte ich dennoch die Aufstellung eines solchen Planes für eben so nothwendig, wie die eines Feldzugsplanes vor Beginn der Campagne. Der Plan, den uns der Regierungs-Commissar vorgelegt hat, leidet an der Schwäche, daß er sich auf ein Ressort beschränkt. Aber selbst wenn das Staatsministerium denselben zusammengestellt hätte, so machen doch die Einwendungen, welche vom Regierungstische dem Referenten entgegengestellt worden sind, auf mich den Eindruck von etwas starkem preußischem Beamtenparticularismus, in welchem der Einfluß des preußischen Staates über- und auch unterschätzt wird. Preußen aber hat das Recht, die Entschließungen des Reichs zu beeinflussen, und die Pflicht, dieselben als dienendes Glied des Reichs zu berücksichtigen. Ich bin daher entschieden für die Annahme des Antrages der Budget-Commission. Zum Wort hatte ich mich eigentlich wegen einer verhältnißmäßig unbedeutenderen Angelegenheit gemeldet. Berlin entbehrt mehr als andere große Städte des Continents, besonders aber mehr als London, einer genügenden Ausschmückung seiner freien Plätze durch Baumanlagen, welche ich die Lungen der Städte nennen möchte. Unter der uns zugegangenen Zusammenstellung der disponiblen Bauplätze befindet sich nun auch der sogen. „kleine Thiergarten" bei Moabit, auf welchem das Criminalgericht und das geodätische Institut errichtet werden sollen. Es bleibt aber von dem ganzen 103 Magdeburger Morgen großen Platze immerhin ein sehr beträchtliches Areal übrig, für welches der Berliner Magistrat im Einverständniß mit den Stadtverordneten 25,000 Thlr. aufwenden will, um es in einen Park zu verwandeln. Dennoch hat der Finanzminister das Terrain nur auf Widerruf dazu hergeben wollen, worauf sich die städtischen Behörden natürlich nicht einlassen können. Es müßte dann auch die Errichtung des Monuments unterbleiben, welches wohlhabende Bürger Moabits auf diesem Platze den Gefallenen von 1870 und 1871 setzen wollen. Ich erlaube mir daher an die Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob die von mir angeführten Thatsachen in Wahrheit begründet sind, und knüpfe daran die Bitte, den von den beiden Bauten nicht in Anspruch genommenen Theil des jetzt wüsten Platzes der Stadt Berlin unter der Bedingung zu überlassen, daselbst eine größere Baumanlage herzustellen.

Abg. Lehfeldt: Wenn ich auch zugebe, daß wir den besten Platz für das Reichstagshaus zur Disposition halten müssen, so glaube ich doch nicht, daß wir deshalb nun ganz und gar auf die Entscheidung des Reichstages warten dürfen, wenn wir nicht die Interessen der Kunst und Wissenschaft geradezu gefährden wollen. Wir dürfen nicht vergessen, daß von hier aus jetzt das nationale Leben pulsirt, daß jeder Fehler, der hier begangen wird, sich weit über die Grenzen der Stadt hinaus rächt. Das Hauptübel, an dem wir laboriren, ist, daß den Jüngern der Wissenschaft die Stätten derselben so schwer zugänglich sind. Wenn sich auch die Frequenz der hiesigen Universität wieder gehoben hat, so läßt sich doch dasselbe nicht von der Zufriedenheit der Studirenden sagen. Während Musik und Malerei nunmehr in einen nahen räumlichen Zusammenhang kommen sollen, der sich sachlich wenigstens nicht rechtfertigen läßt, muß ein junger Naturforscher seine Studien theils in der Eisengießerei, theils im botanischen Garten bei Schöneberg vornehmen. Solche Entfernungen zurückzulegen, sind in einer Stadt, in der der Pferdebahnbau systematisch auf jede Weise erschwert wird, für einen jungen, unbemittelten Mann in der That keine Kleinigkeit. — Was den Antrag der Commission selbst anlangt, so möchte ich darauf, daß die Vorlegung des Plans möglichst noch in dieser Session erfolgen soll, bei der Wichtigkeit der Sache kein allzu großes Gewicht legen.

Ministerial-Director Greiff: Ich habe dem Grafen Bethusy nur zu erwidern, daß ich lediglich erklärt habe, die Regierung sei nicht im Stande, alle Ansprüche des Reichs angemessen zu vertreten.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Das Wort erhält:

Referent Abg. Virchow: Ich leugne nicht, daß von der Regierung große Anstrengungen gemacht worden sind im Interesse der Ausführung des Baues der wissenschaftlichen Institute, obwohl gewiß noch mehr hätte geleistet werden können. So ist für das chemische und das pathologische Laboratorium, beides dringend nöthige Institute, für welche beim Bau des physikalischen und chirurgischen Laboratoriums an der Ecke der Dorotheen- und Neuen Wilhelmsstraße noch genügend Platz war, bisher noch nichts geschehen. Es ist überhaupt zu bedauern, daß nach dem Bau der neuen klinischen Anstalten eine immer mehr zunehmende Zersplitterung der zur Universität gehörenden Anstalten eingetreten ist. Die Folge davon wird sein, daß an Stelle der universitas literarum eine Reihe coordinirter Fachschulen tritt. Auch weist die Regierung beharrlich der Universität Anstalten zu, welche eigentlich mit derselben nichts zu thun haben, wie das astronomische Laboratorium bei Potsdam. Für die Verwaltung des Cultusministeriums ist die Aufstellung eines solchen generellen Planes um so nöthiger, als auch für die dem Handelsministerium unterstehenden Anstalten die Aufstellung eines solchen Planes in Aussicht genommen wird. Denn ich halte im Gegensatz zu dem Regierungs-Commissar den Bauplatz für die naturhistorischen Sammlungen so lange nicht für gesichert, als nicht feststeht, daß dort nicht das Polytechnikum gebaut werden soll. Die Regierung wechselt ja auch häufig mit ihren Bauplänen, so hat sie jetzt für das ethnologische Museum einen Bauplatz in der Möckernstraße, während vor vier Jahren das Lagerhaus in der Klosterstraße dazu ausersehen war. Zwar ist das Nichtzustandekommen dieses Planes nicht allzusehr zu bedauern, denn es ist ein öffentliches Geheimniß, daß, als die Staatsarchive in die für sie bestimmten neu eingerichteten Räume des Lagerhauses überführt werden sollten, es sich herausstellte, daß der Schwamm in demselben herrschte.

Da derartige Räume ein für Archive äußerst ungeeigneter Ort sind, so weigerte sich auch das königliche Hausarchiv, seine Documente dieser botanischen Invasion Preis zu geben. Ein ähnliches Bedenken hätte ich dagegen, die Bibliothek, mit ihren kostbaren Büchern und Manuskripten, wie man ja geplant hat, auf einer Terrasse der Museumsinsel zu bauen, in deren unterer Etage ein Bahnhof sich befinden wird, dessen Nähe entschieden feuergefährlich ist. Ich zweifle nicht, daß es möglich sein wird, die Hauptpunkte des Planes festzustellen und so mittelbar auf die preußischen Ministerien bei der Wahl eines Bauterrains für das Reichstagsgebäude zu interessiren, denn nur ein solches Zusammenwirken von preußischen und Reichsbehörden kann gedeihlich sein. Die Annahme des Commissionsantrages kann ich umsomehr empfehlen, als ja nicht die kategorische Form, sondern die mildere Form mit dem Worte: „möge" gewählt ist. Einen Beschluß zu fassen ist aber nöthig, um der Jalousie der verschiedenen Ressorts ein Ende zu machen.

Der Antrag der Budgetcommission wird hierauf angenommen.

Es folgen Berichte der Petitionscommission. Auf Antrag der Commission, in deren Auftrag Abg. Worzewski referirt, geht das Haus über eine Petition des Bauern Gottfried Groß zu Alt-Falkenberg zur Tagesordnung über und überweist die Petition des Magistrats zu Stralsund der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung in dem Sinne, daß dem Magistrat zu Stralsund die genaue Nachweisung des von den Truppen in Stralsund während der Monate 1870 bis einschließlich Januar 1871 consumirten Fleisches geliefert und, soweit der Betrag des hierfür gezahlten Communalzuschlages zur Schlachtsteuer ein geringerer sein sollte, als die liquidirte Summe von 1038 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf., diese Summe der Stadtkasse zurückerstattet werde.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, den 24. April, 12 Uhr. (Gesetz über Ablösungen der Moor-Colonien in der Provinz Hannover und der Servituten in Schleswig-Holstein, über die Veränderung einiger Kreise in den östlichen Provinzen.)

Berlin, 7. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat Allerhöchstseinem Correspondenz-Secretär, Geheimen Hofrath Bork, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreis-Deputirten, Fabrik- und Rittergutsbesitzer von Pieschel zu Altenplathow im zweiten Jerichowschen Kreise, dem Pastor Bensen zu Ostenholz, Amts Fallingbostel, und dem Kreis-Secretär, Canzlei-Rath Köcher zu Halberstadt, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem General-Arzt z. D., ehemaligen hannoverschen General-Stabsarzt Dr. Stromeyer zu Hannover, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Gymnasial-Director Dr. Reisacker zu Breslau, und dem Superintendenten und Pfarrer Annecke zu Conitz den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Haushofmeister Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, Boeck, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Unteroffizier Urbansky im Schleswig-Holsteinischen Dragoner-Regiment Nr. 13 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Die in der Staats-Eisenbahnverwaltung beschäftigten früheren Gerichts-Assessoren Karl von Rabenau in Saarbrücken und Karl Dehnert in Elberfeld sind zu Regierungs-Assessoren ernannt worden. Der bisherige Baumeister Eduard Lorentz zu Carlshafen ist als Königlicher Eisenbahn-Baumeister im Bereiche der Königlichen Direction der Westfälischen Eisenbahn zu Münster angestellt worden. — Der Lehrer Julius Sagorski ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Halberstadt angestellt worden.

Der Erste Präsident des Appellationsgerichts zu Posen, Wirkliche Geheime Ober-Justiz-Rath Graf von Schweinitz ist gestorben. — Der bisherige Kaiserliche Friedensrichter Barre in Straßburg i. E. ist unter Beilegung des Titels „Landgerichts-Assessor" zum etatsmäßigen Mitgliede des Landgerichts in Düsseldorf ernannt. — Versetzt sind: der Kreisgerichtsrath Krug in Wreschen an das Kreisgericht in Breslau, der Kreisrichter Hannemann in Mittelwalde an das Kreisgericht in Waldenburg, der Kreisrichter Adamschek in Falkenberg an das Kreisgericht in Oppeln, der Kreisrichter Beitzke in Tecklenburg an das Kreisgericht in Arnsberg und der Kreisrichter Weingärtner in Wongrowitz an das Kreisgericht in Essen. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Freyse bei dem Kreisgericht in Bochum, der Gerichts-Assessor Dr. Happ bei dem Kreisgericht in Duisburg, der Gerichts-Assessor Loeb bei dem Kreisgericht in Duisburg, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Broich, der Gerichts-Assessor Werckshagen bei dem Kreisgericht in Wesel, mit der Function als Gerichts-Commissar in Dinslaken, der Gerichts-Assessor Dr. Haenisch bei dem Kreisgericht in Stargard, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Pyritz, der Gerichts-Assessor Faulhaber und der Gerichts-Assessor Thiele bei dem Kreis-Gericht in Beuthen O.-S. Der Gerichts-Assessor Niemeyer ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Hümmling zu Sögel ernannt. — Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Kreisgerichts-Rath v. Trapp in Dillenburg und dem Oberamtsrichter Hauß in Osnabrück, mit Pension, dem Kreisrichter Dr. Wiesehahn in M. Friedland und dem Friedensrichter Mainoné in Hillesheim.

[Die Genesung Sr. Majestät des Kaisers und Königs] von dem Erkältungszustande macht befriedigende Fortschritte; dessenungeachtet haben Allerhöchstdieselben die beabsichtigte Reise nach Karlsruhe und Baden auf Rath des Arztes nunmehr aufgeben müssen. (Reichsanz.)

Berlin, 7. April. [Zu der gestrigen Abendgesellschaft] im königlichen Palais, auf welcher Se. Majestät der Kaiser und König wegen Unwohlsein nicht erschienen, waren die Einladungen in der gewöhnlichen Zahl ergangen.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin war gestern in der Sinfonie-

Soiree des königlichen Orchesters anwesend und besuchte das Hedwigs-Krankenhaus, sowie das Augusta-Hospital.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing später den Oberst-Kämmerer Grafen von Redern. Abends 7¾ Uhr besuchte Se. kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Schauspielhause, holte um 9 Uhr Höchstseine beiden ältesten Söhne, die Prinzen Friedrich Wilhelm und Heinrich, vom Potsdamer Bahnhofe ab und erschien um 9½ Uhr in der Soiree bei Ihren Majestäten. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 7. April. [Der Kaiser von Rußland. — Fürst Bismarck. — Das Hilfskassen-Gesetz. — Die ultramontane Presse.] Aus Hofkreisen erhält man die Nachricht, daß die Ankunft des Kaisers von Rußland in Berlin am 9. Mai mit Sicherheit erwartet wird. — Aus den Aeußerungen des Fürsten Bismarck bei Gelegenheit der Debatte über die Einverleibung Lauenburgs ist zu Unrecht gefolgert worden, daß er aus Gesundheitsrücksichten verhindert sein werde, den weiteren parlamentarischen Verhandlungen auch unmittelbar nach Ostern noch beizuwohnen. Zunächst ist als Thatsache zu erwähnen, daß das Befinden des leitenden Staatsmannes augenblicklich günstig ist und daher der Hoffnung Boden giebt, daß er auch nach den Ferien in der Lage sein wird, sich bei geeigneter Veranlassung an den parlamentarischen Verhandlungen zu betheiligen. Er hat jedenfalls den Wunsch, das zu thun, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er namentlich an den Verhandlungen über die Eisenbahnvorlage theilnehmen wird. Seine Worte gingen nur dahin, daß er nicht gewiß sei, ob ihm seine Gesundheit auch 3 Wochen später eine Betheiligung an den Debatten gestatten werde. — Die Verzögerung, welche die Genehmigung des Hilfskassengesetzes im Bundesrathe erfahren hat, ist, wie man aus der Presse ersieht, der Werthschätzung des Gesetzes in der öffentlichen Meinung entschieden zu statten gekommen. Als das Gesetz vom Reichstage berathen und angenommen wurde, gab es eine große Anzahl von Blättern, welche der Vorlage in der Fassung und Gestalt, wie sie aus den Beschlüssen des Reichstages hervorging, nur einen untergeordneten Werth beilegten. Ja, man meinte sogar, es sei besser, Alles vorläufig beim Alten zu lassen, als daß das Gesetz in der vom Reichstage genehmigten Fassung dauernd zur Geltung gelange. Erst als Zweifel über das Zustandekommen des Gesetzes aufkamen, als von Schwierigkeiten, die der Sanction des Gesetzes von Seiten des Bundesrathes und einzelner Regierungen entgegen traten, die Rede war, da plötzlich stieg die Schätzung des Gesetzes in auffallender Weise, und im Gegensatz zu den früheren Aeußerungen wird jetzt vielfach behauptet, daß die beste Frucht der Session verloren gehe, wenn das Gesetz nicht zu Stande komme. Es wäre nur zu wünschen, daß die gegenwärtige Stimmung auch bei der Durchführung des Gesetzes sich bewähren möge. — Die ultramontane Presse gefällt sich immermehr in der Rolle der Kassandra. Sie verkündet in düsteren Andeutungen die Auflösung der deutschen Staaten und den Untergang der Dynastien, wenn nicht bald eine tiefgreifende Aenderung der deutschen Politik eintrete. Als Weg zu einer solchen Aenderung wird eine Coalition der evangelisch-conservativen Agrarier und der Katholiken zum Sturz der Bismarckschen Politik befürwortet und pomphaft verkündigt.

= **Berlin**, 7. April. [Die Stempelsteuer. — Das Reichsbankdirectorium. — Der Justizausschuß. — Diplomatisches. — Die Landtags-Session.] Die gestern mitgetheilte Angabe bezüglich der Erweiterung der Reichseinnahmen aus den Stempeln gewinnt volle Bestätigung. Wie man hört, wird über die wichtige Frage bereits zwischen den einzelnen Regierungen unterhandelt und es scheint, daß der Gedanke überall einer günstigen Stimmung begegnet ist. Fraglicher ist es, ob die Absicht einer erneuten Vorlage über Besteuerung der Schlußscheine rc. gegenüber dem Widerspruch des Reichstages zur Ausführung kommen wird. Eine Wiederholung des Versuches mit Erhöhung der Brausteuer war gleichfalls in Anregung gekommen, ist aber definitiv wieder aufgegeben. — In der Sitzung des Reichsbank-Directoriums, zur welcher auch die auswärtigen, vom Bundesrath ernannten Mitglieder hierher gekommen waren, hatte im Wesentlichen einen informatorischen Charakter. Der Bankpräsident v. Dechend gab eine Uebersicht über die Neugestaltung der Verhältnisse der Reichsbank und daran knüpfte sich ein Meinungsaustausch über die gesammten Einrichtungen. — Die Berathungen des Justizausschusses des Bundesraths, welche auch heute fortgesetzt wurden, sind so gefördert worden, daß der Schluß derselben für Dinstag oder Mittwoch, den 10. oder 11. d. Mts., in Aussicht genommen ist. Zur Abkürzung der Arbeiten wird möglicher Weise der Plan aufgegeben werden, der Justiz-Commission des Reichstages eine besondere Vorlage zu unterbreiten und es würden statt dessen die Commissarien event. nur instruirt werden, je nach der Stellung der Regierungen zu den einzelnen Vorschlägen derselben das Wort zu ergreifen; doch ist darüber eine Einigung noch vorbehalten. — In hiesigen diplomatischen Kreisen wußte man gestern schon, daß der bisherige türkische Botschafter am hiesigen Hofe Aristarchi-Bey von seinem Posten abberufen und durch Edhen-Pascha ersetzt werden würde. Politische Gründe sollen diesem Vorgange fern liegen. Es scheint, daß man entweder den neuen Botschafter aus Konstantinopel entfernen wollte, weil er dort unbequem war oder daß man demselben besondere diplomatische Talente zutraut und eine glänzende Laufbahn eröffnen wollte. Aristarchi-Bey, seit 1860 Gesandter und seit 2 Jahren Botschafter der Türkei in Berlin, wird übrigens nicht in die Türkei zurückkehren, sondern in das Privatleben treten. — In parlamarischen Kreisen hat es einigermaßen verstimmt, daß alle Aussicht vorhanden ist, die Session bis in den Sommer hinein ausgedehnt zu sehen, zumal da man es trotzdem nicht für möglich hält, auch nur den wichtigsten Theil der Vorlagen zu erledigen. Inzwischen hört man mit Bestimmtheit, daß die Regierung den größten Werth darauf legt, unter allen Umständen die Reichseisenbahnvorlage, das Competenzgesetz, die Wege-Ordnung, das Synodalgesetz und das Gesetz über die Verwaltung des Diöcesan-Vermögens zu Stande zu bringen; auch dazu wird jedoch eine Ausdehnung der Session bis in den Juni unvermeidlich sein.

[Das deutsche Schiff „Friedrich" aus Papenburg] war auf der Reise von Hamburg nach dem La Plata in der Nacht vom 14. zum 15. März d. J. an der französischen Küste in der Nähe von Boulogne gestrandet. Nur zwei von den acht Personen, welche sich auf dem Schiffe befanden, vermochten durch Schwimmen sich ans Land zu retten. Die Uebrigen fanden in den Wellen den Tod. Die Behörden der nächstbelegenen französischen Ortschaften haben sich der Geretteten freundlich angenommen, bis der deutsche Consul die Fürsorge übernehmen konnte. Unter der Mitwirkung der französischen Behörden erfolgte auch die Aufsuchung der Leichen der Verunglückten, welche alsdann in der Gemeinde von Andringhem in feierlicher Weise unter Zuziehung des Geistlichen auf dem Kirchhofe daselbst bestattet wurden. Die Reichsregierung hat in diesem Anlaß den Betheiligten durch Vermittelung der Kaiserl. Botschaft in Paris ihren Dank aussprechen lassen.

Bremen, 7. April. [Dr. Finsch, Dr. Brehm und Graf Waldburg-Zeil,] welche im Auftrage des hiesigen Polarvereins eine Forschungsreise nach Westsibirien unternehmen, sind, wie hierher gemeldet wird, nach Ueberwindung vieler durch plötzliches Thauwetter verursachter Schwierigkeiten gestern glücklich in Jekaterinburg jenseits des Ural angelangt. Heute sollte die Weiterreise in südlicher Richtung nach Semipolatinsk fortgesetzt werden.

Münster, 6. April. [Die Verwaltung des Diöcesan-Vermögens.] Laut der officiösen „Westf. Prov.-Ztg." ist Ober-Bergrath Gedicke, Justitiar bei dem Ober-Bergamte zu Breslau, zum Verwalter des Diöcesanvermögens designirt und bereits gestern Morgen hier eingetroffen. Gemäß dem § 6 des Gesetzes über die „Verwaltung erledigter kath. Bisthümer" erfolgt die Ernennung eines Commissars durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten, wenn der Ober-Präsident nicht binnen zehn Tagen nach Erlaß der Aufforderung an das Domcapitel zur Bestellung eines Bisthums-Verwesers Nachricht von der zu Stande gekommenen Wahl erhalten hat. Herr Gedicke wird daher vielleicht zunächst an die Stelle des Regierungs-Rathes Hüger treten, um die vorläufige Beschlagnahme zu bewerkstelligen. Letzterer hat seit seinem vorgestrigen Besuche nicht weiter versucht, in das General-Vicariat zu gelangen.

Wesel, 6. April. [Ein interessanter Rechtsfall] kam heute in der hiesigen Gerichtssitzung zur Sprache. Der katholische Pfarrer Wagelaat zu Rees war nämlich angeklagt, als Beamter versucht zu haben, durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt eine geschiedene katholische Ehefrau widerrechtlich zur Unterlassung einer Heirath zu nöthigen und zwar durch verweigerte Ausstellung eines Taufzeugnisses und durch sonstige Vorhaltungen dem Bräutigam gegenüber, den er dazu noch durch die Aeußerung beleidigte, daß er, der Pfarrer, zu einer solchen „unehrenhaften" Handlung nie seine Hand bieten würde. Der Herr Staatsanwalt beantragte eine 6wöchentliche Gefängnißstrafe, das Collegium erkannte indeß wegen des Amtsvergehens auf Freisprechung, weil es thatsächlich am positiven Handeln fehle, obwohl sowohl die Beamtenqualität des Geistlichen nicht zu bezweifeln, ebensowenig seine Verpflichtung zur Ertheilung des Zeugnisses; das Collegium verurtheilte indeß den Pfarrer W. wegen der Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe.

Lippstadt, 5. April. [Entlassung.] Gestern Nachmittag wurde der wegen Zeugniß-Verweigerung inhaftirte Schriftsetzer des „Patriot" seiner Haft entlassen, ohne den nach der Handschrift von ihm vermutheten Verfasser genannt zu haben. Ueber die von ihm gemachten Aeußerungen, daß er nämlich einen der incriminirten Artikel gesetzt habe, und daß die Handschrift mit einer ihm bekannten Aehnlichkeit habe, wurde er, dem „Westf. Merkur" zufolge, vereidet.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 5. April, Abends. [Die Ernennung Gambetta's zum Präsidenten der Budget-Commission. — Renault. — Zum Bürgermeistergesetz. — Die Weltausstellung. — Maßregeln des Ministers des Innern. — Herr Dufaure. — Begnadigungen. — Diplomatisches. — Aus Spanien.] Das wichtigste Tagesbegebniß bleibt noch die Ernennung Gambetta's zum Präsidenten der Budget-Commission. Dies Ereigniß, welches in der That in frappanter Weise den Umschwung, der sich in Frankreich vollzogen hat, kennzeichnet, ruft in den reactionären Parteien die größte Verstimmung hervor. Der „Francais" sagt z. B. darüber: „Die Ernennung des Herrn Gambetta ist eine neue Warnung an das linke Centrum, ein neues Symptom von dem Uebergewicht der Radicalen in der Deputirtenkammer. Wir sind nicht mehr in den Zeiten, da Herr Gambetta sich begnügte, in den Commissionen für die Candidaten der Linken zu stimmen. Herr Gambetta hielt sehr auf die Ernennung; sie half ihm die Maske eines ernsthaften und praktischen Politikers anzulegen, mit der er sich seit einiger Zeit so angestrengt auszustaffiren sucht. Um die Umwandlung zu vollenden, braucht er sich nur als außerordentlichen Gesandten an irgend einen alten aristokratischen Hof schicken zu lassen. Gleichwohl hat Herr Gambetta die Aufregung, welche durch seine Ernennung veranlaßt worden, begriffen, und hat versucht, dieselbe durch seine Antrittsrede in der Commission abzuschwächen. . . . . Was uns angeht, so scheint es uns sehr bedrohlich die Gewalt in den Händen von Männern zu sehen, deren Vergangenheit, Ruf und Meinungen der Art sind, daß sie sich so sehr verpflichtet fühlen, uns zu beruhigen." Diese schlechte Laune des „Francais" erstreckt sich auch auf vergleichsweise liberale Blätter, und in dem „Journal de Paris" liest man: „Die Ernennung des Herrn Gambetta zum einfachen Mitgliede der Budgetcommission ließ sich begreifen; sie erklärte sich durch den Wunsch eines Mannes von einer gewissen Geschicklichkeit des Führers einer wichtigen Gruppe der Kammer, sich in die finanziellen und ökonomischen Fragen einzuschießen. Seine Candidatur für den Vorsitz ließ sich aber keinen Augenblick vorhersehen; seine Ernennung bekundet von Seiten der Commissionsmitglieder einen unglaublichen Mangel an Tact. Wir sind zur Zeit Beaumarchais' zurückgekehrt; man brauchte einen Rechner, wie es im „Figaro" heißt . . . (man hat einen Tänzer genommen). Ehe er die Leitung der Budget-Arbeiten beanspruchte, hätte Herr Gambetta vielleicht lernen sollen, was ein Budget ist. Allerdings hat er auch Armeen geleitet, ohne eine Ahnung von der Kriegskunst zu haben. Das ist eine Erklärung." Auch die Regierung hat Gambetta's Wahl nicht gern gesehen; sie hätte Bardoux vorgezogen. Ob es endlich dem Verdruß über jene Wahl zuzuschreiben ist, daß, wie man heute meldet, der bekannte Finanzmann Germain, vom linken Centrum, die Ernennung zum Vicepräsidenten der Commission nicht annimmt, lassen wir dahingestellt. Ein gewisser Mißmuth ist auf der Grenze des linken Centrums erkenntlich und man spricht von der Bildung einer neuen Fraction unter der Führung des ehemaligen Polizeipräfecten Renault, welche Fraction sich die Aufgabe stelle, als Vermittelungsglied zwischen dem linken und dem rechten Centrum zu dienen. Also so etwas, wie die Gruppe Wallon in der alten Nationalversammlung. — Die Linke beschloß heute in einer Versammlung einstimmig, für Legrand's Bericht über das Bürgermeistergesetz, der heute vorzulegen ist, die Dringlichkeit zu verlangen. Von Seiten der Regierung erwartete man keinen Einspruch. — Emile de Girardin sieht heute die Propaganda, die er seit einem Monat mit gewohntem Eifer betreibt, von Erfolg gekrönt. Das „Amtsblatt" bringt ein Decret, welches die Abhaltung einer allgemeinen landwirthschaftlichen und industriellen Ausstellung für das Jahr 1878 verkündigt. Die Erzeugnisse aller Nationen werden dabei zugelassen werden; die Mittheilung der näheren Bedingungen soll später erfolgen. Ein anderes Decret promulgirt das Gesetz, welches den Belagerungszustand aufhebt. Die Regierung hat sich also in diesem Stücke von der Kammer nicht an Eile überbieten lassen. Zugleich haben die Blätter eine neue Tugend des Ministers Ricard zu verzeichnen, die Tugend der Bescheidenheit. Man erfährt mit einigem Erstaunen aus der „Times", daß Ricard in einem Rundschreiben an die Präfecten die von Buffet willkürlich eingeführten Beschränkungen des Preßgesetzes aufgehoben hat. Diese lobenswerthe Maßregel vollzog sich also gewissermaßen heimlich und ohne daß der Minister sie an die große Glocke hängt. Auf der anderen Seite verliert der Minister Dufaure ein wenig von der Popularität, welche seine jüngste Erklärung gegen die Uebergriffe des Clerus ihm erworben hatte. Die ultramontanen Blätter haben mit großem Triumph eine Berichtigung abgedruckt, wonach es Dufaure nicht eingefallen ist, ein Wort gegen den Syllabus zu sagen. Unter den Senatoren, welche bei dem Justizministerium die Ermächtigung zu diesem Widerruf nachsuchten, befand sich der Bischof Dupanloup. Um so schlimmer für Dufaure, wenn er die zeitgemäßen Worte, welche man ihm in den Mund legte, dementiren zu müssen glaubt. — Wie man in Versailles erzählt, will die Regierung nach der Verwerfung des Amnestie-Gesetzes über 1000 Begnadigungen erlassen. Es soll jedoch nur denjenigen Verurtheilten, die von ihren früheren Arbeitgebern verlangt werden, der Aufenthalt in Paris gestattet werden. Hätte die Maßregel Erfolge, so würde die Regierung binnen einiger Zeit von ihrem Gnadenrechte zu Gunsten einer zweiten Kategorie von Verurtheilten Gebrauch machen. — Es heißt neuerdings sehr bestimmt, daß der Senator Lanfrey den Posten in Bern, den er nach dem 24. Mai aufgegeben, in nächster Zeit wieder einnehmen werde. — Der österreichische Botschafter in Paris, Graf Apponyi, ist gestern abgereist. — Am Ende des Monats wird sich in Bayonne die aus spanischen und französischen Delegirten bestehende Commission, welche die in Folge des Carlistenaufstandes erhobenen Fragen zwischen Frankreich und Spanien zu regeln hat, versammeln.

[Aus der Lösung der egyptischen Finanzschwierigkeiten] ist nachgerade eine Frage der nationalen Eitelkeit für die Franzosen, oder, wenn man will, der nationalen Eifersucht zwischen Frankreich und England geworden. Glücklicher Khedive! In einer großen Conferenz im Comptoir d'Escompte sollen heute die letzten Einzelnheiten der Anleiheoperation, mit welcher man dem Vicekönig zu Hilfe kommen will, festgestellt werden. Daß in dieser Angelegenheit die Politik eine bedeutende Rolle spielt, weiß man längst, und man weiß, daß der Duc Decazes nicht wenig gethan hat, um den guten Willen der Finanzmänner rege zu machen. Von Manchen wird er um dieser Einmischung willen getadelt, von den meisten gelobt. Daß die Börse ihr Antheil noch vorenthält, beweist die gestern auf das Signal von London eingetroffene Baisse egyptischer Fonds, die um so auffälliger ist, als der Cave'sche Bericht über die egyptischen Finanzen im Ganzen einen guten Eindruck gemacht hat. Wohlunterrichtete versichern mit wichtiger Miene, daß der „Duc Decazes" im engen Einverständniß mit der russischen Regierung handelt und diese gemeinsame Action ist ihnen mit dem Wiederauftreten Frankreichs auf der europäischen Bühne gleichbedeutend. Die „République frc." faßt die Angelegenheit ähnlich auf; sie bekundet ihre Zufriedenheit darüber, daß Italien in diesem Stücke mit Frankreich geht und daß man die systematische Ausschließung Englands vermieden hat, was nicht hindere, daß Frankreich die Stelle wieder einnehme, welche seine traditionelle Politik im Orient ihm anweist. Die orientalische Frage, sagt die „République", eine Frage, die heute im Zustande der Reife ist, machte uns eine Pflicht daraus, bei den Vorgängen im Osten nicht unbetheiligt zu bleiben. Das Ziel ist erreicht; wir stellen uns freimüthig auf unser wahres Terrain, und wir sind zufriedengestellt. Unserer Regierung fällt jetzt die Aufgabe zu, die logischen Resultate der Lage nicht entschlüpfen zu lassen und alle Vortheile aus derselben zu ziehen, die gezogen werden können. Der Bericht des Herrn Cave beweist, daß, wenn die Aufgabe schwierig ist, sie doch nicht die Energie und den Patriotismus der französischen Capitalisten übersteigt.

⊙ **Paris**, 6. April. [Aus der Deputirtenkammer. — Ricard über das Bürgermeistergesetz. — Wahlprüfungen. — Umänderung in den Bureaux des Ministeriums des Innern. — Zur Weltausstellung. — Nachwahlen. — Verschiedenes.] In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer hat der Minister Ricard eine Erklärung abgegeben, welche den lebhaften Beifall der Mehrheit fand. Legrand legte den Bericht über das Bürgermeistergesetz nieder. Wie bekannt, lagen der Versammlung zwei Anträge Ferry's und anderer Deputirten vor, welche darauf abzielen, daß die Berechtigung zur Ernennung der Maires wieder den Gemeinderäthen anheimfalle. Auf Verlangen las Legrand den Bericht vor, welcher die baldige Annahme dieser Berichte dringend empfiehlt. Ferry stieg auf die Tribüne und verlangte gleichfalls die Dringlichkeitserklärung; darauf ergriff Ricard das Wort. Die Regierung, sagte er, widersetzt sich nicht der Dringlichkeitserklärung. Sie begreift, daß ein großer Theil der Kammer den Wunsch hegt, dem Lande sobald als möglich eine seiner theuersten Freiheiten zurückzugeben. Die Regierung hat selbst diesen Wunsch empfunden und bereits ausgesprochen. Wenn es sich nur um den Grundsatz handelte, daß man Gemeinderathsmitglied sein muß, ehe man Bürgermeister wird, so hätte das Ministerium schon ein neues Gesetz vorgelegt. Denn die Regierung ist überzeugt, daß jenes Gesetz, welches ihr gestattet, die Bürgermeister außerhalb der Gemeinderäthe zu wählen, verurtheilt ist, und sie wird sich desselben nie bedienen. Aber es giebt andere Schwierigkeiten und wir wollen sie prüfen, ohne die Lösung darum zu verzögern. Frankreich hat die Regierung, welche es wünschte, die Republik. Dieselbe beruht auf definitiven Verfassungsgesetzen. Um sie aufrechtzuhalten, wollen wir organische Gesetze, welche von derselben Gesinnung eingegeben sind. Der provisorischen Gesetze hat Frankreich genug, und wenn wir nicht die Rückkehr zu dem ebenfalls nur provisorischen von 1871 vorschlagen, so ist es, weil wir eine endgiltige Organisation in Vorschlag bringen wollen. Dies organische Gesetz soll gleich nach Ihrer Rückkehr aus den Ferien niedergelegt werden. Man kann das Capitel von der Ernennung der Bürgermeister davon absondern, wir haben nichts dagegen; aber machen wir, im Interesse der Regierung, keine provisorischen Gesetze mehr, sondern definitive Gesetze, welche alle auf das Ziel hinstreben, zu dem wir gelangen wollen: auf die Befestigung der republikanischen Regierung. (Anhaltender Beifall.) — Was an dieser Rede der Linken besonders gefiel, war der ganze Ton, die unumwundene Anerkennung des neuen Systems. An eine solche Sprache sind die Landesvertreter auch jetzt noch zu wenig gewöhnt, als daß sie mit dem Beifall kargen sollten. Im Uebrigen aber ist klar, daß der Minister mit seinen Absichten hinter dem Berge hält und bindende Verheißungen keineswegs gegeben hat. Er sagt kein Wort davon, daß die Regierung ebenso wie die Urheber der genannten Anträge die Ernennung der Bürgermeister durch die Gemeinderäthe will, sondern nur, daß sie ihre Candidaten für die Bürgermeisterstellen nicht außerhalb der Gemeinderäthe suchen zu dürfen glaubte. Wie dem sein mag (und ein ernstlicher Conflict ist auch für die Zukunft in dieser Angelegenheit nicht zu erwarten), so ist das gute Einvernehmen zwischen Ministerium und Kammer durch Ricard's Rede verstärkt worden. Den Rest der gestrigen Sitzung füllten wieder die Wahlprüfungen. Mehrere Mandate wurden bestätigt, unter anderen dasjenige des Bonapartisten Bourgoing (Nièvre). Dagegen wurde die Wahl des Bonapartisten de Papusse mit großer Mehrheit cassirt und ein ähnliches Schicksal scheint für heute dessen Partei-Genossen Cuneo d'Ornano bevorzustehen. — Man erzählte gestern unter den Deputirten seltsame Geschichten, von denen schon früher gemunkelt worden und welche zum Theil erklären, warum Ricard mit der Umgestaltung des Verwaltungspersonals nicht schneller von der Stelle kommt. Der neue Minister des Innern, heißt es, hat in seinem Ministerium die größte Unordnung vorgefunden. Die Personalacten und sonstigen Ur-

kunden, welche er braucht, um seine Präfecten und andere Beamten kennen zu lernen, fehlen zum großen Theil. Sie waren vorhanden, sind aber verschwunden. In den jetzigen Berichten der Präfecten finden sich alle Tage Hinweisungen und Anspielungen auf frühere Depeschen, die in Rauch aufgegangen zu sein scheinen. Man hat, sagt man, ein Interesse gehabt, diese Actenstücke zu beseitigen, die doch Staatseigenthum sind? Wer hat dieselben irgend einer Untersuchung entziehen wollen? „Hat man", fragt die „Republique", „es so gemacht, wie jener Präfect des Kaiserreichs, der am 4. September den Beginn einer Feuersbrunst in seiner Präfectur veranlaßte, da er so viele compromittirende Papiere zu verbrennen hatte? Wenn diese Aufregung nur durch falsche Gerüchte veranlaßt ist, so ist es Zeit, daß die Regierung sich erklärt; wenn dieselbe einen ernstlichen Grund hat, so muß das Ministerium einen Entschluß fassen. Es kann überzeugt sein, daß die Stütze der öffentlichen Meinung ihm nicht fehlen wird." — Die Ankündigung der Weltausstellung von 1878 wird von den Journalen mit großer Befriedigung aufgenommen. Insbesondere begrüßt das Organ Gambetta's dieselbe als ein neues Zeichen der Wiederherstellung Frankreichs und fordert das ganze Land auf, sich ohne Verzug vorzubereiten, um etwas Großes zu leisten. Im Jahre 1867 habe man Europa durch die Ausstellung amüsiren wollen, jetzt gelte es, die Nation in den Augen der Welt zu rehabilitiren. — Um die Wahlen, welche nächsten Sonntag im Arrondissement Saint-Denis und dem 13. Pariser Bezirk zu vollziehen sind, hat man sich bis jetzt im Allgemeinen wenig bekümmert. Die öffentlichen Versammlungen während der Wahlperiode haben gar keine Theilnahme erregt. Die Candidaten zählten nach Dutzenden und jetzt erst sieht man die bevorzugten Candidaten mit Bestimmtheit aus diesem Gewirre hervortreten. Im 13. Pariser Bezirk empfehlen die republikanischen Comite's den Schuhmacher Habey; im Arrondissement Saint-Denis bleiben noch die Republikaner auf der Liste, unter ihnen der General de Wimpffen und Bonnet-Duverdier. Die „Republique" empfiehlt heute den General de Wimpffen sehr angelegentlich. — Am 23. April wird Mac Mahon, wie es heißt, in Boulogner Gehölz eine große Revue über die Truppen von Paris und Versailles abhalten. — Der russische Gesandte, Fürst Orloff, ist für kurze Zeit nach Warschau gereist. — Gestern wurde in der Großen Oper zum erstenmale Mermet's Jeanne d'Arc öffentlich aufgeführt. Der Erfolg war ein mäßiger, wie man das nach der Generalprobe bereits voraussah.

Provinzial-Zeitung.

Schlesischer Städtetag.

H. **Breslau**, 8. April. Der Schlesische Städtetag wurde, wie wir bereits kurz berichtet, gestern Nachmittag um 3 Uhr durch Oberbürgermeister von Forckenbeck eröffnet. Derselbe bemerkte, indem er die Anwesenden willkommen hieß, daß die Einladenden in keiner Weise den Wünschen der Provinz bei Anregung der Versammlung haben vorgreifen wollen, sich vielmehr erst, bevor sie zur Einladung geschritten, über die Bedürfnißfrage orientirt haben. Erst, nachdem ihnen von allen Seiten die Zustimmung zu einer derartigen hier anzuberaumenden Versammlung kund gegeben, seien die Einladungen zu einer solchen ergangen, und die weiteren Schritte, welche für einen gedeihlichen Verlauf der Verhandlungen förderlich sein könnten, geschehen.

Demnächst constatirt der Vorsitzende, daß nach Ausweis der ihm vorliegenden Präsenzliste folgende schlesische Städte der Einladung Folge geleistet und auf dem Städtetage vertreten seien: Bauerwitz, Bernstadt, Beuthen OS., Bolkenhain, Breslau, Brieg, Bunzlau, Canth, Constadt, Dyhernfurth, Frankenstein, Freiburg, Friedland OS., Glatz, Gleiwitz, Ober-Glogau, Glogau, Görlitz, Goldberg, Gottesberg, Grottkau, Grünberg, Guhrau, Hainau, Herrnstadt, Hirschberg, Jauer, Kattowitz, Köben, Königshütte, Landeshut, Lauban, Leobschütz, Liebau, Liegnitz, Löwenberg, Marklissa, Medzibor, Mittelwalde, Myslowitz, Namslau, Naumburg a. Qu., Neisse, Neumarkt, Neustadt OS., Nimptsch, Oels, Ohlau, Oppeln, Ottmachau, Parchwitz, Patschkau, Prausnitz, Ratibor, Raudten, Reichenbach, Reichenstein, Reinerz, Sagan, Schweidnitz, Seidenberg, Sohrau, Sprottau Steinau, Strehlen, Striegau, Stroppen, Tarnowitz, Tost, Trebnitz, Trachenberg, Ujest, Waldenburg, Wartha, Wartenberg, Winzig, Wohlau und Zobten. Eine Anzahl Städte haben erklärt, daß sie verhindert seien, Vertreter zu senden, daß sie jedoch den Beschlüssen und Anträgen des Städtetages beitreten würden.

Nach solchen Erklärungen und auf Grund der Präsenzliste glaubt der Vorsitzende constatiren zu können, daß auf dem Städtetage in der That eine Vertretung des gesammten Bürgerthums und der Städte Schlesiens vereinigt sei.

Hierauf wird zur Wahl der Vorsitzenden geschritten. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Gobbin werden per Acclamation die Herren Oberbürgermeister von Forckenbeck und Stadtverordneten-Vorsteher Lewald gewählt.

Oberbürgermeister von Forckenbeck nimmt die Wahl dankend an, indem er verspricht, mit allen Kräften für eine prompte, unparteiische und gerechte Leitung der Geschäfte bemüht sein zu wollen und fährt dann fort:

„M. H. Zum ersten Male seit 10 Jahren, zum ersten Male seit 1866, zum ersten Male seit Wiedererrichtung des Deutschen Reiches ist eine wirkliche Vertretung des in unserm Schlesien so mächtigen und bedeutenden Bürgerthums zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten versammelt. Und da geziemt es sich wohl, daß wir bei Beginn unserer Verhandlungen den Gefühlen Ausdruck geben, die das Herz jedes Schlesiers so warm und so glühend durchdringen. Werden wir doch gerade in diesem Saale an die Schicksale unserer Provinz und des gesammten deutschen Vaterlandes, mit dem sie von jeher eng verbunden war, auf das Lebhafteste erinnert. Dort Friedrich der Große, der Schlesien der preußischen Monarchie einverleibte und damit für immer den preußischen Staat in die Reihe der Großstaaten erhob, welche die Geschicke Europas, ja der ganzen Welt bestimmen. Dort Friedrich Wilhelm III., der aus eigener königlicher Initiative uns die Städteordnung vom Jahre 1808 verlieh und damit ein selbstständiges und freies Bürgerthum schuf, als dessen Repräsentanten wir heute hier über unsere Angelegenheiten berathen wollen, — und jetzt tagen wir unter dem Schutze des durch die Energie und die Weisheit unseres Kaisers wieder errichteten Deutschen Reiches.

M. H.! Angesichts einer solchen Geschichte, die hier in diesem Raume so lebhaft vor unsere Augen tritt, bedarf es nicht noch weiterer Worte zur Begründung des Rufes, in den einzustimmen, ich Sie Alle auffordere: Se. Majestät der Kaiser Wilhelm, er lebe hoch!"

Die Versammlung stimmte dreimal begeistert in diesen Ruf ein, worauf Dr. Lewald seinerseits die Theilnehmer des Städtetages Namens der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß die Berathungen des Städtetages zu einem segensreichen Ziele führen und die Petition, welche das Endziel derselben sein werde, bei den gesetzgebenden Körperschaften diejenige Berücksichtigung finden möge, die sie in der That verdient. Mit Dank für das bewiesene Vertrauen nimmt Dr. Lewald das Amt eines zweiten Vorsitzenden an.

Demnächst proponirt der Vorsitzende noch die Wahl von drei Beisitzern. Als solche werden die Herren Oberbürgermeister Gobbin-Görlitz, Martins-Gr.-Glogau und Dr. Basset-Brieg gewählt.

Nachdem sodann noch einige wenige Vorschläge bezüglich der Führung der Geschäfte von der Versammlung acceptirt worden sind, bemerkt der Vorsitzende, es seien aus allen Theilen der Provinz Wünsche und Anträge in Bezug auf den Städteordnungs-Entwurf eingegangen. Es werde sich empfehlen, zunächst eine General-Discussion über denselben zu eröffnen, dann auf Grund der Berichte der genannten Referenten die einzelnen Abschnitte des Entwurfs zu discutiren und zuletzt die gefaßten Beschlüsse einer Redactions-Commission zu übergeben, welche dieselben zusammenstellt und sie den einzelnen Städten zur Unterschrift mittheilt oder eben direct an das Abgeordnetenhaus einsendet.

Zu der hiermit eröffneten General-Discussion nimmt zunächst Dietrich-Neumarkt das Wort. Er glaubt, daß vor allen Fragen der Antragsteller, auf dessen Anregung der Städtetag überhaupt zusammengetreten, seinen Antrag motiviren möge. An diesen Antrag werde sich naturgemäß am besten die General-Discussion anschließen.

Rechtsanwalt Bellier de Launay-Glogau empfiehlt dagegen, die General-Discussion an den Schluß zu verlegen. Erst müsse man schlüssig werden, was man wolle, erst dann könne man das Wort aussprechen, was schon einmal von Breslau ausgegangen: „Annehmen oder ablehnen".

Oberbürgermeister Gobbin bemerkt, die Referenten-Commission, welche gestern zusammengetreten, habe die Frage, ob die neue Städteordnung unter allen Umständen noch in dieser Session unter Dach gebracht werden müsse, einstimmig verneint und beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, in der an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition principaliter auszusprechen, daß es nur in dem Falle nothwendig sei, die Städte-Ordnung fertig zu stellen, daß das Competenzgesetz zum Gesetz erhoben werde. Die Städte-Ordnung sei der Abschluß für die ganze Gesetzgebung der Selbstverwaltung in den letzten Jahren; geschehe dieser Abschluß endgiltig, dann sei an eine Aenderung auf lange nicht zu denken. Fast einstimmig sei von den Städten, welche in den Kreistagen vertreten seien, erklärt worden, daß sich die Bestimmungen, nach welchen die Vertretung der Städte auf den Kreistagen geordnet werde, nicht bewährt haben. Das Streben gehe deshalb dahin, alle Städte über 10,000 Einwohner aus den Kreisen auszuscheiden, ein Beweis, daß die Kreisordnung einer Revision bedürftig sei. Auch in der Provinzial-Ordnung sei die Vertretung der Städte nicht so geregelt, wie es das Gewicht der Städte verlange. Der in Schlesien noch einzusetzende Bezirksrath sei die erste Aufsichts-Instanz für alle Städte, die keinen eigenen Kreis, und der Provinzialrath für alle, welche einen eigenen Kreis bilden. Wie sich diese Institutionen bewähren werden, wisse man noch nicht und doch solle man unter der Voraussetzung, daß sie sich bewähren, eine neue Städteordnung annehmen. Ein weiterer Grund, die Provinzial-Ordnung zu bemängeln, liege darin, daß sich die Dotation der Provinzen als unzulänglich erwiesen. Da also eine Revision der Kreis- und der Provinzial-Ordnung geboten erscheine, liege eine dringende Nothwendigkeit, die Städte-Ordnung noch in dieser Session fertig zu stellen, nicht vor. Das Abgeordnetenhaus werde allerdings den dringenden Wunsch haben, das Werk der Selbstverwaltung vollständig zum Abschluß zu bringen. Darin liege aber auch die Gefahr, daß dasselbe, um dieses Ziel zu erreichen, Concessionen mache. Habe man so lange bei der alten Städteordnung bestehen können, so werde dies auch noch ein Jahr möglich sein, bis dahin werde man wissen, wie Bezirks- und Provinzialrath sich bewähren und dann seine Wünsche besser formuliren können.

Geht jedoch das Competenzgesetz durch, dann sei es nothwendig, daß auch der Städte-Ordnungs-Entwurf zum Gesetz erhoben werde und für diesen Fall sei es wünschenswerth, dem Abgeordnetenhause einen Fühler zu geben.

Da sich Niemand weiter zur General-Discussion zum Worte gemeldet hat, so wird dieselbe geschlossen und zur Special-Discussion übergegangen.

---

8 **Breslau**, 7. April. [Schwurgericht. Wissentlicher Meineid. — Urkundenfälschung.] I. Im Jahre 1875 erhob der Heuhändler Franz Rossa aus Bralin bei dem Kreisgericht zu Poln.-Wartenberg eine Klage gegen die Doszulok'schen Eheleute, ebenfalls aus Bralin, und zwar beantragte Kläger, die Verklagten zur Lieferung von 36 Bund Heu oder zur Zahlung von 2 Thlr. 23 Sgr. zu verurtheilen. — R. hatte am 17. October 1874 mit den O'schen Eheleuten einen Kaufabschluß auf 36 Ctr. Heu gemacht, und zwar sollten 360 Bund à 10 Pfd. geliefert werden. Nach der Behauptung R.'s hatten die Bunde bei der Lieferung nicht 10, sondern nur 9 Pfd., weshalb er 360 Pfd. im Wege der Klage nachverlangte. In erster Instanz erstritt Rossa ein obsiegliches Erkenntniß. Bei der Appellation erfolgte Aufhebung des ersten Erkenntnisses und Abweisung des Klägers.

Der Ackerbürger Johann Steuer aus Bralin war sowohl Seitens des Klägers, als auch vom Verklagten als Zeuge vorgeschlagen und auch in beiden Instanzen vernommen worden. In Folge seiner beeideten Aussage, „daß er das Heu bei der Ablieferung weder selbst gewogen, noch habe wiegen sehen", machten ihm beide Parteien den Vorwurf des Meineides. Die auf die eingereichte Denunciation erhobene Voruntersuchung hat festgestellt, daß Rossa mehrere Bunde vermittelst Ziehwaage gewogen und der bei dem Fuhrwerk beschäftigt gewesene Steuer das Gewicht von der Waage abgelesen hat. Steuer muß diese Ermittelung nunmehr vor den Herren Geschworenen auch zugestehen, bestreitet aber dennoch, sich eines Meineids schuldig gemacht zu haben. Nach seiner Auffassung habe der Richter in Polnisch-Wartenberg gefragt, ob das gesammte Heu gewogen worden sei, im Uebrigen will St. auch bei seiner Zeugenvernehmung betrunken gewesen sein. Auch diese Behauptungen werden durch die Zeugen bestritten. Obgleich somit der wissentliche Meineid erwiesen erschien, stellte der Herr Staatsanwal dennoch eine zweite, auf „fahrlässigen Meineid" lautende Frage, denn der Angeklagte habe in dem erwähnten Proceß für keine der Parteien ein Interesse gehabt, es sei also wohl das falsche Zeugniß nur dadurch entstanden, daß der Angeklagte nicht die erforderliche Aufmerksamkeit für dasselbe verwandte. Steuer wurde nach dem Spruch der Geschworenen vom „wissentlichen Meineid" freigesprochen, dagegen wegen „fahrlässigem Meineid" mit 3 Monaten Gefängniß bestraft.

II. Albert Nathan Haase, Lehrer der englischen Sprache, steht wegen „Wechselfälschung" vor den Herren Geschworenen. Am 20. December 1875 verkaufte der Angeklagte dem Kaufmann Isaak Selten hierselbst zwei Wechsel; dieselben lauteten über 900 und 600 Mark, waren ausgestellt am 15. December 1875 und fällig am 15. März 1876. Als „Aussteller" fungirte auf beiden Wechsel der beim Leib-Kürassier-Regiment befindliche Graf Eugen von Schweinitz, während der zu demselben Truppentheil gehörige Premier-Lieutenant Wilhelm von Wostrowsky dieselben „Angenommen" hatte. Selten zahlte für diese Wechsel 1230 Mark; nachdem er sie alsdann mit seinem Giro versehen, gab er dieselben weiter an den Kaufmann Martin Berg, hier, Königsstraße 7, von diesem erhielt Selten 1275 Mark. S. hatte sich jedoch geweigert, die Wechsel dem Berg ohne Valuta auszuhändigen, dies erregte bei Berg Verdacht, weshalb derselbe bei dem angeblichen Acceptanten Premier-Lieutenant v. Wostrowsky unter Präsentation der Wechsel Erkundigungen über die Echtheit seiner Unterschrift einzog. v. W. erklärte seine Unterschrift für gefälscht. Berg wandte sich sofort an Selten und mit diesem gemeinsam an den Sprachlehrer H.; der Letztere behauptete, die Wechsel vom Grafen v. Schweinitz erhalten zu haben, in der von ihm bezeichneten Wohnung wurde jedoch v. Sch. nicht gefunden. Wenige Tage darauf erschien H. in Bergs Wohnung und zahlte ihm mit dem Bedeuten, die erwähnten Offiziere hätten das Geld gegeben, 500 Mark und eine goldene Uhr, zwei Tage später brachte H. noch 200 Mark. — Inzwischen war die Angelegenheit schon zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft gelangt und wurde H. vorläufig verhaftet. Seine Ehefrau benützte nunmehr die Vermittelung des Kaufmann Joachim — Schwiegersohn des Herrn Selten — um die Wechsel gegen Zahlung von noch 300 Mark von Berg zurück zu erlangen. Obgleich der Rest noch 575 Mark betrug, so erklärte sich B. mit 300 Mark zufriedengestellt, händigte aber nach Zahlung dieses Betrages die Wechsel nicht an Joachim aus, sondern übergab sie an die königliche Staatsanwaltschaft. Beide Wechsel sind sowohl im Aussteller als auch im Acceptanten gefälscht. Während H. behauptet, dieselben im Café Wien am Tauenzienplatz durch einen Offizier in Kürassier-Uniform, welcher sich Graf v. Schweinitz genannt, behufs Umsatzes erhalten zu haben und die Fälschung event. auf jenen „großen Unbekannten" zurückführen will — derselbe, von dem er Ende December nach Entdeckung der Fälschung unter Androhung der Anzeige 1200 Mark erhielt, von denen er wiederum nur 700 Mk. an Berg abführte, 500 Mk. aber im eigenen Nutzen verwendete — bekunden die gerichtlichen Sachverständigen, Herren Canzlei-Inspector Gansen und Canzlist Adam, mit vollster Bestimmtheit, daß sämmtliche auf den Wechseln befindlichen Unterschriften nur von der Hand des Angeklagten herrühren. Die als Zeugen vernommenen Herren Graf v. Schweinitz und v. Wostrowsky versichern eidlich, daß jene Wechsel ohne ihr Wissen und Willen entstanden sind.

Die Geschworenen sprechen das „Schuldig der wiederholten Urkundenfälschung", die „mildernden Umstände" werden dem H. jedoch nur mit 7 gegen 5 Stimmen bewilligt. Der Gerichtshof entscheidet die letztere Frage zu Gunsten des Angeklagten, so daß derselbe mit Zuchthausstrafe verschont wird. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust.

---

* [Versetzung.] Der Königl. Staatsanwalt Oswald Jänisch, der vor sieben Jahren von Breslau nach Ostpreußen versetzt wurde, ist in gleicher Eigenschaft von Angerburg nach Trebnitz versetzt worden. Jänisch, seiner Zeit Vorsitzender des Schlesischen Centralvereins zum Schutz der Thiere, hat für die Ideen dieses Vereins in Ostpreußen erfolgreich Propaganda gemacht und ist ihm die Gründung von Thierschutz-Vereinen in Sensburg, Johannisburg, Tilsit und Königsberg zu verdanken.

---

pp. **Neumarkt**, 7. April. [Stadtverordneten-Wahl.] Bei der heute vorgenommenen Neuwahl eines Stadtverordneten an Stelle des Calculators Koch, dem von seiner vorgesetzten Behörde die Genehmigung zur Uebernahme dieses Amtes versagt wurde, ist Herr Koch, während er bei der ersten Wahl zwei Drittel der Stimmen für sich hatte, diesmal mit Ausnahme einer Stimme von allen Wählern wiedergewählt worden. Von einem Theil der Wähler war gegen eine Neuwahl schriftlich Protest eingelegt worden, da Herr Koch wegen der Bestätigung seiner Wahl höheren Orts vorstellig geworden sein soll. Der Protest fand keine Berücksichtigung.

---

r. **Neisse**, 7. April. [Altkatholisches.] Der Herr Oberpräsident hat die hiesige altkatholische Gemeinschaft auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 4. Juli 1875 als kirchlich organisirt anerkannt. Da die der altkatholischen Gemeinschaft beigetretene Anzahl der Gemeindemitglieder eine erhebliche ist (erheblich allerdings nicht „im Verhältniß zur Gesammtzahl", erheblich aber um das Bedürfniß nach einem gemeinsamen Gottesdienste zu rechtfertigen!) wird ferner, soweit der katholischen Kirchengemeinde an der hiesigen Kreuzkirche ein Benutzungsrecht zusteht, der altkatholischen Gemeinschaft auf Grund des § 2 a. a. O. ein Mitbenutzungsrecht an dieser Kirche eingeräumt, und zwar soll diese Kirche an allen Sonn- und Festtagen von 11 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Nachm. und an jedem Mittwoch, wenn derselbe nicht Feiertag ist, von 10 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Nachm. den Altkatholiken zur Verfügung stehen. Sollte die katholische Kirchengemeinde der Ausführung dieser Entscheidung des Herrn Oberpräsidenten Widerstand entgegensetzen, so ist der hiesige Königl. Landrath, Freiherr von Seherr-Thoß, mit Vollmacht versehen, Zwangsmaßregeln anzuwenden. Die Altkatholiken sind somit der Mühe enthoben, die Kreuzkirchen-Angelegenheit auf gerichtlichem Wege weiter zu verfolgen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der jetzige Kirchenvorstand in Erwägung der gänzlichen Aussichtslosigkeit jedweden Widerstandes nicht noch eine jener Skandalkomödien insceniren wird, wie sie vor seiner Einführung (zur alleinigen Aufreizung des Pöbels!) wiederholt aufgeführt worden sind. Anderenfalls würde der genannte Vorstand für die etwaigen traurigen Folgen eines activen Widerstandes die Verantwortung zu tragen haben.

—e **Lublinitz**, 6. April. [Verurtheilung. — Beiträge für die Ueberschwemmten in Oppeln. - Uebergang. — Physikalischer Vortrag.] Nachdem bis jetzt der katholische Clerus des hiesigen Kreises sich in lobender Weise jeder staatswidrigen Amtshandlung enthielt, erschien jüngst vor der hiesigen Criminal-Deputation der Curatus Dittrich aus Koschentin. Derselbe ist angeklagt, am 11. Februar d. J. zu Boronow, hiesigen Kreises, woselbst er zu amtiren nicht berechtigt war, geistliche Amtshandlungen vorgenommen zu haben, ohne den Nachweis führen zu können, von dem Herrn Oberpräsidenten unserer Provinz zur Stellvertretung oder Hilfleistung berufen worden zu sein. Der Angeklagte räumte den Inhalt der Anklage als richtig ein und gab an, daß er die Amtshandlungen, welche in Abhaltung eines Trauergottesdienstes und Spendung von heiligen Sacramenten bestanden, lediglich aus Mitleid mit der damals ohne Pfarrer dastehenden Gemeinde Boronow vorgenommen habe. Der Staatsanwalt beantragte auf eine Geldstrafe von 15 Mark zu erkennen. Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von 5 Mark. An Beiträgen zu Gunsten der Ueberschwemmten Oppelns sind laut letzter öffentlicher Notiz zu Händen des hiesigen Bürgermeisters Herrn Seibert die für hiesigen Ort gewiß erhebliche Summe von 157 Mark 50 Pf. im Ganzen eingegegangen, wofür der Herr Bürgermeister im Namen der Empfänger den edlen Wohlthätern Dank sagt. — Das seit einigen Jahren hier bestehende und besonders vom reisenden Publikum gern aufgesuchte Hotel 1. Klasse „Prinz von Preußen", ist seit dem 1. d. von dem bisherigen Inhaber desselben, Herrn Lazarus Radlauer, auf Herrn E. Schneider, einen in dieser Branche großgewordenen Mann pachtweise übergegangen. — Gestern hatten wir das hierselbst seltene Glück, einem recht gediegenen und praktischen physikalischen Vortrage des auf diesem Gebiete weit über unser engeres Vaterland hinaus rühmlichst bekannten früheren Seminar-Oberlehrer aus Peiskretscham, Herrn Professor Ernst Nagel, beizuwohnen. Derselbe hielt, trotz seines hohen Alters, im Laufe des Tages von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags fast hintereinander 3 stundenlange Vorträge, und zwar die zwei ersten für die 2 obersten Klassen der hiesigen Simultanschule und den 3. für die Zöglinge der hiesigen v. Grottowski'schen Waisen-Erziehungs-Anstalt. Die Kosten hierfür übernahm bereitwilligst der Magistrat, beziehungsweise das Directorat vorerwähnter Anstalt. Die vor unseren Augen durchweg sehr gelungenen Experimente repräsentirten das ganze Gebiet der Physik, denn es wurde das Wichtigste von der Electricität, dem Magnetismus, Licht und Wärme durchgenommen. Einen bleibenden Eindruck dürften die Schüler gewonnen haben bei Folgendem: Einfache Maschinen — Pendel, Hebel, Rad an der Welle, Daumenwelle, excentrisches Rad, Schnur ohne Ende, Flaschenzug, Ramme, — Hydraulik: Heronsbrunnen, Heronsball, Zaubertrichter, Saug- und Druckpumpe, Feuerspritze, — Schall: Hör- und Sprachrohr, Luftpumpe, Magdeburger Halbkugel, — Licht: Sonnenlicht, Prisma, zweierlei Farbenkräusel, Percussionsapparat, Kaleidoskop, Camera obscura, Zauberperspectiv ꝛc. ꝛc. Sämmtliche Instrumente und Veranschaulichungsmittel sind vom Herrn Professor Nagel selbst gemacht resp. zusammengesetzt und bewähren sich vorzüglich in ihrem Gebrauch.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 7. April. Der hiesige Erzbischof lehnte es ab, der Einladung der parlamentarischen Commission wegen der Vorgänge bei der Wahl Muns Folge zu geben.

London, 6. April. Im weiteren Verlaufe der heutigen Verhandlung vor dem Central-Criminal-Gerichtshof gegen den Capitain der „Franconia" erklärte der Vertheidiger desselben, Parry, er werde sein Plaidoyer bis nach Beendigung der Vernehmung der Entlastungszeugen aussetzen; er glaube, daß die Geschworenen den Capitän von strafbarer Nachlässigkeit freisprechen würden. Hierauf begann die Vernehmung der Entlastungszeugen. Der erste Steuermann der „Franconia", Heinrich Meyer, sagt aus, daß die Geschwindigkeit des Schiffes nicht 9 Knoten erreicht habe; die Ordre, die Boote auszusetzen, sei gegeben und die Boote auch wirklich über Bord gehängt worden. Der Collisionsschott sei bedeutend gewesen. Im Uebrigen berichtigte Meyer seine früheren Aussagen. Der zweite Steuermann, William Caspar Lubbe, bestätigt die Größe des Schadens am Schott und erklärte, daß der Schlepper „Palmerston" in der Nähe gewesen sei. Der erste Maschinist, Kretzacher, giebt die Geschwindigkeit des Schiffes auf 8¾ Knoten an; dieselbe sei vor dem Zusammenstoß bedeutend vermindert worden. Der zweite Maschinist, Robert Stein, bestätigt, daß die Ordre „Stoppen" gegeben worden und daß die Beschädigung erheblich gewesen sei. Der Quartiermeister Bentien erklärte, die Ordre „Backbord-Ruder" sei erst gegeben worden, als die Maschine bereits zurückging. Der Zimmermann Kiebbers sagt aus, daß er mit anderweiter Hilfe über eine Stunde an der Verstärkung des Schottes gearbeitet habe. Der Trinity-Lootse James Porter wiederholte seine frühere Aussage und erklärte, der Bug des „Strathclyde" sei zur Zeit der Collision südwestlich gewendet gewesen. Er sei von der dringenden Gefahr der „Franconia" überzeugt gewesen, sowie davon, daß, wenn der „Strathclyde" den angegebenen Cours gesteuert wäre, derselbe sich nicht auf dem Platze befinden konnte, an welchem die Collision stattfand. Die sonst noch vernommenen Zeugen wiederholten ihre früheren Aussagen. Alle Zeugen von den Mannschaften wurden vernommen, ebenso auch der erste Steuermann des „Strathclyde", Bevan. — Morgen sollen die Zeugen über die Ausdehnung der Beschädigung vernommen werden.

London, 7. April. Die Journale veröffentlichen ein Schreiben des hiesigen türkischen Botschafters an das Bankhaus Dent, Palmer u. Comp., in welchem derselbe erklärt, die Bank von England würde ihnen die Hälfte der Zinsen der Anleihen von 1854 und 1871 dann zahlen, wenn sie sich bereit fänden, eine bestimmte Summe zur Amortisation der Anleihe von 1858 zu opfern. Das Bankhaus habe indessen das Anerbieten abgelehnt.

London, 7. April, Abends. Die Geschworenen fanden den Capitän der „Franconia", Keyn, für schuldig. Der Richterspruch wurde vertagt, bis das Appellgericht die Competenzfrage entschieden.

Konstantinopel, 7. April. Es wird versichert, in der gestrigen Conferenz des Großveziers, des Finanzministers, des französischen und englischen Delegirten wurde die Basis des finanziellen Uebereinkommens definitiv festgestellt.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Paris, 7. April. Das „Pariser Börsenblatt" meldet aus Kairo, der Khedive habe angesichts der egyptischen Finanzlage beschlossen, dem

Cave'schen Rathe Folge zu leisten. Der französische Conversionsplan wird demgemäß verworfen und die schwebende Staatsschuld gegen 7 pCt. auf drei Monate prolongirt.

Berliner Börse vom 7. April 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,75 bz
do. do.	2 M.	3	168,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,32 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	261,90 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	264,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,80 bz
do. do.	2 M.	4½	172,55 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,75 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	131,50 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bz
Pfandbr. Berliner	4½	102,00 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	85,00 G
Pfandbr. Posensche neue	4	95,10 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97,90 B
Rentenbriefe Pommersche	4	97,25 G
Rentenbriefe Posensche	4	97,40 bz
Rentenbriefe Preussische	4	97,10 G
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,90 bz
Rentenbriefe Sächsische	4	99,00 B
Rentenbriefe Schlesische	4	97,25 G
Badische Präm.-Anl.	4	119,25 G
Baierische 4% Anleihe	4	120,90 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	109,20 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 255,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 136,50 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,40 B
Oldenburger Loose 138,70 bz

Ducaten 9,53 B	Fremd. Bkn. 99,90 G
Sover. 20,42 bzG	einl. i. Leip. 81,40 G
Napoleons 16,25 bz	Oest. Bkn. 174,20 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 264,70 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	102,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,20 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	107,00 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,30 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,50 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	100,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,50 G
do. do. II. Em.	5	101,25 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	110,00 bzG
do. do. II. Em.	5	106,10 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,10 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,30 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,00 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	45,75 bzB
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	45,60 B
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	89,00 B
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 B
do. do.	4½	94,50 B
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 bzG
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	42 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	61,20-90 bzG
(1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)		[1./4.1./10. 61,20-
do. Papierrente	4⅕	58,40 G [90bG
(1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)		[1./5.1./11. 58-57,
do. 64er Präm.-Anl.	4	103,00 G [90b
do. Lott.-Anl. v. 60	5	106,70-25 bz
do. Credit-Loose	—	323,00 G
do. 64er Loose	—	273,00 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	176,50 bz
do. do. 1866	5	173,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	89,75 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	87,30 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,40 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,40 bzB
do. do. 1885	6	101,60 bzG
do. 5% Anleihe	5	102,10 G
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,10 bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,00 etbzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	74,80 bzB
Rumänische Anleihe	8	102,50 bz
Türkische Anleihe	5	14,00 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,75 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose — —
Türken-Loose 36,50 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,10 G
do. do. VI.	4½	97,50 B
do. Hess. Nordbahn	5	102,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,40 bzG
do.	4½	95,50 G
do. Lit. C.	4½	91,60 bzG
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	— —
do. do. K.	4½	89,20 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,76 B
do. Lit. B.	4½	99,40 bz
do. IV.	4	92,50 G
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	93,60 G
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101,60 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 B
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 B
do. do. III. Ser.	4	97,00 B
Oberschles. A.	4	—
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93 B
do. E.	3½	85,75 G
do. F.	4½	100,90 B
do. G.	4½	98,75 G
do. H.	4½	101,00 G
do. von 1869	5	103,75 bzB
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	98,25 B
do. Brieg-Neisse	4½	96,50 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,75 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	76,30 G
Ostpreuss. Südbahn	5	102,25 bz
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,50 bzB
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,60 bzG
Chemnitz-Komotau	5	25,25 bzG
Dux-Bodenbach	5	54,50 bzG
do. II. Emission	5	46,00 B
Prag-Dux	fr.	21,75 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	81,25 bzG
do. do. neue	5	79,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	62,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	57,20 bzB
Ung. Ostbahn	5	55,10 bz
Lemberg-Czernowitz	5	66,60 G
do. do. II.	5	71,25 etbzG
do. do. III.	5	61,60 bz
Mährische Grenzbahn	5	66,90 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	— —
do. II.	fr.	16,50 B
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	71,00 G
Oesterr.-Französische	3	318,00 G
do. do. II.	3	304,00 bz
do. südl. Staatsbahn	3	240,00 bzG
do. neue	3	240,80 bz
do. Obligationen	5	86,40 G
Warschau-Wien II.	5	97,50 bzB
do. III.	5	95,10 bz
do. IV.	5	91,60 bz
do. V.	5	87,80 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	23,50 bzG
Berg.-Märkische	3	—	4	80,30 bz
Berlin-Anhalt	8½	8	4	106 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	27,25 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	40,75 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	170 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1⅔	—	4	76,50 bzB
Berlin-Stettin	8 11/20	—	4	128,75 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	76,30 bz
Breslau-Freib.	7½	—	4	78,25 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	100,75 bz
do. Lit. B.	5	5	5	97 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	9,90 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	82 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	10,50 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	4	15,90 bzB
Kaschau-Oderberg	5	—	5	46 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,50 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	177,75 B
Märk.-Posener	0	—	4	22 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	68,25 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	234,75 bz
do. Lit. B.	4	4	4	96,50 bzB
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	99,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	141,25 bz
do. B.	12	—	3½	130,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	464-63,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	232 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅙	—	4	172-71,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28,25 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	105,75 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	55,25 B
Rheinische	8	—	4	114,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,60 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	15 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	23,10 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	16,90 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 bzB
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	116 B
Warschau-Wien	10	—	4	202,75 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	83,50 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	19,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	37 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	42,25 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	65,25 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	61,90 bz
do. Lit. C.	5	5	5	89 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	75 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 bz
Rumänier	8	8	8	80,10 bzG
Saal-Bahn	2½	0	5	29,75 bzG
Weimar-Gera	5	2½	5	28 G

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	conv. 23 bzG
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	55,50 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅔	17,7	4	189,25 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	90 bz
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	5½	4	84,50 G
Braunschw. Bank	7½	6⅔	4	94,25 G
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	62 G
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	66,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	69 bz
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	115,25 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	103,25 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	94,25 G
Deutsche Bank	5	—	4	75,50 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	156 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,25 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	120 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	93,75 G
do. junge	6	5½	4	94,50 B
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	13,50 bzG
Goth. Grundcredb.	9	—	4	108 bzG
Hamb. Vereins.-B.	11 1/9	9 4/9	4	117 G
Hannov. Bank	6⅔	6 7/15	4	102 B
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	81,50 G
Ludw.-B. Kwilecki	6½	—	4	62 G
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	111,75 bz
Luxemburg. Bank	9	6½	4	104 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	107,75 G
Meininger do.	4	3	4	80,80 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	6¾	4	128,75 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101,25 bzB
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	54 B
Oest. Cred.-Actien	6½	—	4	264-63,50 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	97,80 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	99,60 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	119 G
Sächs. Bank	10½	10	4	121 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	80,50 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82 G
Schl. Vereinsbank	5	4½	4	86 bz
Thüringer Bank	6	—	4	75,75 bzG
Weimar. Bank	5½	0	4	42,50 bz
Wiener Unionsb.	5	—	4	117 G

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	88 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	82 bzB
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5,50 B
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	41,70 bzG
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	96,25 G
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78,75 bzG
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅛	fr.	88 G
Hessische Bank	0	—	fr.	56 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	83,50 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	49,80 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	6,50 bzB

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	124 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	14,80 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	68,75 G
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	17,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	53 B
do. Papierfabr.	4	—	4	15 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,30 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	128,10 bzG
Schles. Feuervers.	17	20	4	625 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19 B
Dortm. Union	0	—	4	9,30 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	59,60 bzB
Lauchhammer	0	—	4	20,50 G
Marienhütte	7½	—	4	63 bzG
Moritzhütte	0	—	4	30 B
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	5 G
Redenhütte	0	—	4	3 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	10,25 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	86 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	47,50 bzG
Vorwärtshütte	1	—	4	17,50 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	37,75 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	51 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49 bzB
Erdm. Spinnerei	4	—	4	24 B
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	42 bz
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	12,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	28,10 G
Schl. Leinenind.	7½	—	4	85,10 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	14,75 bz
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	-
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr	2,75 G [80G conv
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	26 G
WilhelmshütteMA.	4	—	4	60 bzG

Berlin, 7. April. Der heutige Börsenverkehr schloß sich vollständig in unveränderter Weise an den gestrigen. Die Umsätze blieben in dem Maße geringfügig, daß eine bestimmt ausgesprochene Tendenz nicht zum Ausdruck gelangte und die Course verfielen, wie das unter solchen Prämissen meist der Fall ist, dem Abbröcklungsproceß. Hiermit ist denn auch schon angedeutet, daß die Coursrückgänge wohl zahlreich, aber an sich ohne Bedeutung waren, und daß ein stärkeres Angebot oder ein intensiveres Vorgehen der Contremine ebenso ausgeschlossen blieb wie ein Eingreifen der Haussepartei. Kauflust war nirgend zu bemerken und das zum Verkauf kommende Material fand nur schleppend und unter mehr oder weniger belangreichen Cours-Ermäßigungen Aufnahme. Nur Eisenbahn-Prioritäten machten noch einigermaßen eine Ausnahme. Die Vorliebe, die sich für diese Werthe gegenwärtig zeigt, tritt allerdings auch nur sehr schwach auf, erstreckte sich aber heute nicht blos auf die einheimischen Devisen, sondern umfaßte auch die wohl fundirten und garantirten fremden Papiere dieser Gattung. Die internationalen Speculations-Werthe büßten in den Coursen gegen die gestrigen Schluß-Notirungen einige Mark ein. Im niedrigeren Niveau einsetzend, hielten sie sich, unbedeutende Coursschwankungen abgerechnet, fortdauernd in fast unveränderter Höhe; Depeschen von der Wiener Börse machte man für die matte Haltung verantwortlich. Oesterreichische Nebenbahnen verhielten sich sehr ruhig, Galizier waren matt und rückgängig. Auch für locale Speculationseffecten blieb die Stimmung gedrückt. Disconto-Commandit verdankten dem überwiegenden Angebot eine geringere Courseinbuße, Dortmunder Union unverändert. Disconto-Commandit 120, ultimo 119¼—¾—¼,| Dortmunder Union 9,30, Laurahütte 59,60, ultimo 58½—59½. Die ausländischen Staatsanleihen waren fast durchweg sehr matt, gewannen jedoch gegen den Schluß eine etwas festere Haltung. Oesterreichische Renten und 1860er Loose, sowie Türken ließen in den Notirungen nach. Italiener behaupteten sich indeß und Amerikaner waren sehr fest. Russische Fonds sehr matt, besonders waren Pfd.-Strl.-Anleihen angeboten. Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest, aber still. Eisenbahnprioritäten rege, von ausländischen Devisen Ungarische Nordost, Rudolfbahn und Lombardische gefragt, letztere auch höher, Lemberger besser, Galizische I. matt, Kaschau-Oderberger offerirt; ferner fanden gute Beachtung Brest-Kiew, Koslow-Rjäsan, Koslow-Woronesch. Eisenbahnactien sehr still und meist gedrückt. Schwere Actien nachlassend. Anhalter, Potsdamer und Hamburger angeboten. Leichte Actien vernachläßigt, Rumänen vorzugsweise matt, nur Lüttich-Limburger steigend. Ostpreußische Südbahn St.-Prior.-Actien matt. Bankactien ruhig. Deutsche Bank und Coburger Creditbank belebt, Braunschweiger Bank gesucht. Meininger, Producten- und Handelsbank, Sächsische Bank und Hübner Hypothek. zogen etwas an, Braunschweig, Hannov. Hypoth. und Deutsche Hypothekenbank steigend, Centralbank für Bauten und Centralbank für Industrie ließen im Course nach. Industriepapiere in geringem Verkehr, Charlottenburger Pferdebahn, Centralstraße und Germania sehr fest, Große Pferdebahn behauptet, auch hielt sich Viehhof im gestrigen Niveau, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf steigend, Hoffmann Waggonfabrik begehrt, Hibernia besser, Victoriahütte zu letzter Notiz gefragt, Gelsenkirchen, Arenberger, Bochumer, Tarnowitzer anziehend, Consolidirte Marie zu besserem Course lebhaft, Deutsches Bergwerk und Aplerbecker niedriger, Louise und Centrum schwach. — Um 2½ Uhr: Matt. Credit 262,50, Lombarden 170,50, Franzosen 462, Reichsbank 156, Disconto-Commandit 119½, Laurahütte 59⅝, Köln-Mindener 100¼, Rheinische 114¼, Bergische 80¾, Rumänen 23.

(Bank- u. H.-Ztg.)

Wien, 7. April. [Creditanstalt] In dem morgen zur Vertheilung gelangenden Rechenschaftsbericht der Creditanstalt wird, wie die „Presse" meldet, constatirt, daß die Eisenbahn-Consortialgeschäfte betreffs der Eisenbahn Przemysl-Lupkow (woher der Besitz von 5380 Stück Actien rührt) und der Alföldbahn (womit der Besitz von Prioritäten im Betrage von 354,200 Fl. zusammenhängt) endgiltig abgewickelt sind. Die Siebenbürger Bahn hat ihre Schuld an die Creditanstalt beglichen, es war derselben aus den vom ungarischen Reichstag bewilligten 9,600,000 Fl. Eisenbahn-Vorschußgeldern zu diesem Zwecke der Betrag von 2,800,000 Fl. ausgezahlt worden.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 7. April, Nachm. 2 Uhr. 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 85, Pariser Wechsel 81, 20, Wiener Wechsel 173, 80, Böhmische Westbahn —, Elisabethbahn 134, Galizier 164¼, Franzosen*) 231¼, Lombarden*) 84¾, Nordwestbahn 114¾, Silberrente 60⅝, Papierrente 57⅜, Russ. Bodencredit 86⅝, Russen 1872 —, Russ. Anleihe de — —, Amerikaner de 1885 101⅛, 1860er Loose 105⅞, 1864er Loose 276, 00, Creditact.*) 131¼, Oest. Nationalb. 759,00, Darmst B. 103⅝, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 81⅛, Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 77¾, Deutsch-österreichische Bank 91⅜, Meininger Bank 80¼, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 156, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 99⅜, Oberhessen 73⅞, Ungarische Staatsloose 154, 00, do. Schtzw. alte 90⅛, do. neue 87⅞, Central-Pacific 91¾, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 63¾. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Matt, wenig Geschäft. Oesterr. Bahnactien und Loose schwächer, Prioritäten fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 130⅝, Franzosen 231⅛, Lombarden 84⅛, 1860er Loose —, Nordwestbahn —, Franz-Josefsbahn —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 7. April, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115, Silberrente 60⅞, Creditactien 131, Nordwestbahn —, 1860er Loose 106⅜, Franzosen 577, Lombarden 212, Italienische Rente 70¾, Vereinsbank 117½, Laurahütte 58½, Commerzbank 88, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 128½, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 85, Amerikaner de 1885 95⅞, Köln-Mindener St.-A. 100½, Rheinische Eisenbahn do. 114⅜, Bergisch-Märkische do. 80½, Disconto 3 pCt. — Matt.

Wechselnotirungen: London lang 20, 35 Br., 20, 29 Gld., London kurz 20, 50 Br., 20, 42 Gld., Amsterdam 168, 50 Br., 167, 70 Gld., Wien 172, 00 Br., 170, 00 Gld., Paris 80, 80 Br., 80, 20 Gld., Petersburger Wechsel 262, 50 Br., 260, 50 Gld.

Hamburg, 7. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 204 Br., 203 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd. Roggen pr. April-Mai 148 Br., 147 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo 152 Br., 151 Gd. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl fest, loco 62, pr. Mai 60, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 63. Spiritus matt, pr. April 34¾, pr. Mai-Juni 34¾, per Juni-Juli 35¼, per August-Sept. per 100 Liter 100% 36¼. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 13, 90 Br., 13, 70 Gd., per April 13, 00 Gd., per August-December 12, 40 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 7. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Sehr ruhig. Tagesimport 22,000 B., davon 18,000 Ballen amerikanische, 4000 Ballen ostindische.

Liverpool, 7. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Sehr ruhig, amerikanische Ankünfte 1/16 unter gestrigen Schlußpreisen. Surats angeboten.

Middl. Orleans 6 11/16, middl. amerikanische 6⅝, fair Dhollerah 4⅝, middl. fair Dhollerah 4¼, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach —, new fair Domra 4 11/16, good fair Domra 5, fair Madras —, fair Pernam 6⅞, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6¾. Upland nicht unter low middling Juni-Juli Lieferung 6½ D.

Manchester, 7. April, Nachmittags. 12r Water Armitage 7¼, 12r Water Taylor 8, 20r Water Micholls 9½, 30r Water Gidlow 10½, 30r Water Clayton 11¼, 40r Mule Mayoll 10½, 40r Medio Wilkinson 12½, 36r Warpcops Qualität Rowland 11¾, 40r Double Weston 12¼, 60r Double Weston 15½, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 111. — Markt ruhig.

Petersburg, 7. April, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 3 Mon. 31⅝. do. Hamburg 3 Mon. 267¼. do. Amsterdam 3 Mt. 157¾. do. Paris 3 Mt. 329¼. 1864er Präm.-Anleihe (gestplt.) 213. 1866er Präm.-Anleihe (gstplt.) 209. ½-Imperials 6, 26. Große Russ. Eisenbahn 163. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 104⅞. Privatdiscont 6 %.

Petersburg, 7. April, Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 54, 50. Weizen loco 11, 75. Roggen loco 6, 75. Hafer loco 4, 50. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco 13, 00. Wetter: Rauh.

Antwerpen, 7. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, dänischer 27½. Roggen unverändert, französischer 19¼. Hafer behauptet, schwedischer 22. Gerste stetig.

Antwerpen, 7. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31½ bez., 31¼ Br., per April 31¼ bez. u. Br., pr. Mai 30⅝ bez., 30⅞ Br., pr. September 31¼ Br., per Sept.-December 31½ bez., 32 Br. Ruhig.

Bremen, 7. April, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco 13, 00, pr. Mai und pr. Juni 12, 50, pr. August-December 13, 00. — Ruhig.

Berlin, 7. April. [Productenbericht.] Die Stimmung für Roggen war heute etwas fester und besonders im Anfang der Börse ist der Umsatz auf Termine zu etwas höheren Preisen ziemlich belebt gewesen. Später wurde es stiller und auch matt. Das Effectivgeschäft ist leblos, es tritt weder Frage noch Angebot hervor. — Roggenmehl ziemlich fest. — Weizen ist eine Kleinigkeit besser bezahlt worden, aber es ist nicht viel umgegangen. — Hafer loco ziemlich behauptet. Termine ohne wesentliche Aenderung. — Rüböl ist abermals etwas besser bezahlt worden, das Geschäft war jedoch recht beschränkt. — Spiritus sehr still. Terminpreise schwach behauptet, loco ist aber eine Kleinigkeit mehr als gestern bezahlt worden.

Weizen loco 183—220 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. April-Mai 201½—201 M. bez., pr. Mai-Juni 202½—202 M. bez., pr. Juni-Juli 206—205½ M. bez., pr Juli-August 208—207½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 208½—209 M. bez. — Gekündigt 15,000 Ctr. — Kündigungspreis 201 M. — Roggen loco 153—165 M. nach Qualität gefordert, schwimmend russischer 153—155 M. bez., polnischer 156—157 M. bez., inländischer 161—164 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 151—152—151½ M. bez., pr. Mai-Juni 149½—149—149½ Mark bez., pr. Juni-Juli 149—148—149 M. bez., per Juli-August 149½ M. bez., pr. September-October 151½ M. bez., pr. März-April — M. bez. — Gerste loco 141—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 150—185 M. nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 164 bis 174 M., russischer 160—174 M., pommerscher und mecklenburgischer 175—180 M., böhmischer — M., schwedischer 176—180 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 162 M. bez., pr. Mai-Juni 161—160 M. bez., pr. Juni-Juli do. M. bez., pr. Juli-August 157 M. bez., pr. September-October 154 M. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 178—210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — Mark bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack: Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,55—19,75 Mark bezahlt. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. inclusive Sack Nr. 0 und 1: April-Mai 21,00 Mark bez., pr. Mai-Juni 21,15—10 Mark bez., pr. Juni-Juli 21,20 M. bez., pr. Juli-August 21,30 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 21,45 M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. März-April — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 61 M. bez., pr. April-Mai 62—61,6—62 M. Gd., pr. Mai-Juni 62—61,8—62 M. bez., pr. Juni-Juli 63 M. bez., pr. September-October 63,6—63 M. bez., pr. März-April 62—61,6—62 M. bez. — Gekündigt 1600 Ctnr. Kündigungspreis 62 M. — Leinöl loco — M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 31 M. bez., pr. April-Mai — M., pr. September-October 26,2 M. Br., pr. März — M. bez., pr. März-April 27 M. Br. — Kündigungspreis — M.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,000 pCt. 44—44,1 M. bez., „mit Faß" pr. April-Mai 44,8—44,7 M. bez., pr. Mai-Juni 44,8 M. bez., pr. Juni-Juli 45,8 M. bez., pr. Juli-August 47,1—47 Mark bez., pr. August-September 48,1—48—48,1 M. bez., pr. September-October 48,6 M. bez., per März-April 44,8—7 M., bez. Gekündigt 20,000 Liter. — Kündigungspreis 44,7 Mark.

Breslau, 8. April, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,00 bis 18,30—20,00 Mark, gelber 15,80—17,40 bis 19,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 13,50 bis 14,60 bis 16,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste wenig verändert, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer, feine Qualitäten gut gefragt, per 100 Kilogr. 15,40—16,60 bis 18,00 Mark, feinster über Notiz.

Mais wenig verändert, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50 Mark.

Erbsen gut preishaltend, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen schwach beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken stark vernachlässigt, per 100 Kilogr. 7,80— 8,80—20,50 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	28	—	27	—	25	—
Winterrübsen	27	—	26	—	24	—
Sommerrübsen	28	50	27	50	27	—
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 32—33—38 Mark.

Kleesamen schwach angeboten, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 57—63 bis 65—70 Mark, weißer ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 82—92—95—100 Mark, hochfeiner über Notiz.

Mehl schwach behauptet., pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,75—30,75 Mark, neu 27—27,75 Mark, Roggen fein 25,75—26,75 Mark, Hausbacken 24,75—25,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

[Breslauer Schlachtviehmarkt.] Marktbericht der Woche am 3. und 6. April. Der Auftrieb betrug: 1) **425 Stück Rindvieh**, darunter 262 Ochsen, 163 Kühe. Man zahlte für 50 Kilogramm Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 54 bis 55 Mark, II. Qualität 44—45 Mark, geringere 25—27 Mark. 2) **835 Stück Schweine.** Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht beste feinste Waare 56—57 Mark, mittlere Waare 45—46 Mark. 3) **1606 St. Schafvieh.** Gezahlt wurde für 20 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 19—20 Mark, geringste Qualität 8—9 Mark pro Stück. 4) **587 Stück Kälber** erzielten Mittelpreise.

Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.
Einnahme pro März 1876.

	1876 nach vorläufiger Feststellung:	1875 nach berichtigter Feststellung:
1) vom Personen-Verkehr 2) vom Gepäck-Verkehr	97,507 Mark	103,749 Mark
3) vom Güter-Verkehr	571,243 „	583,043 „
4) außerdem	63,000 „	63,000 „
Summa	731,750 Mark.	749,792 Mark.

Ueberhaupt weniger 18,042 Mark. Von Anfang des Jahres ab 2,253,730 Mark. Gegen das Vorjahr mehr 123,763 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333''',33	334''',56	335''',40
Luftwärme	+ 7°,5	+ 4°,3	+ 0°,5
Dunstdruck	1''',56	1''',81	1''',79
Dunstsättigung	40 pCt.	62 pCt.	86 pCt.
Wind	N. 4	N. 2	NW. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter, Reif.

Breslau, 8. April. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 44 Cm. U.-P. 1 M. 96 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.